

Informationen zur Bundestagswahl 2021

Die **Programme der Parteien** findet man natürlich auf den jeweiligen Homepages oder über die Seite des Bundestags:

<https://www.bundestagswahl-2021.de/wahlprogramme/>

Die Tagesschau bietet einen **thematischen Vergleich** an:

Tagesschau: Mit diesen Plänen werben die Parteien

<https://www.tagesschau.de/inland/btw21/programmvergleich-start-107.html>

Der **Wahl-O-Mat 2021** (ab 2. September)

<https://www.bpb.de/politik/wahlen/wahl-o-mat/>

Schüler unserer Oberstufe haben ein Set von Fragen erstellt, die sie den Direktkandidaten für den Wahlkreis Frankenthal-Ludwigshafen zugeschickt haben. Hier sind die **Antworten der Direktkandidaten** in der Reihenfolge der Listenplätze.

1. CDU (S. 1)
2. SPD (S. 8)
3. AfD (S. 17)
4. FDP (S. 22)
5. Linke (S. 28)
6. Grüne (S. 31)
7. FWG (S. 38)

1. Torbjörn Kartes, CDU

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Angefangen mit Politik habe ich 1996 in der Jungen Union. Dabei bin ich aber keinem konkreten Vorbild gefolgt. Ich habe mich schon in der Schule sehr für Politik interessiert. Wenn ein Lehrer oder eine Lehrerin eine andere politische Meinung vertreten hat, habe ich damals schon gerne diskutiert. Über die JU bin ich auch in die Kommunalpolitik gekommen, zunächst als Ortsbeirat des Stadtteils Maudach und später im Stadtrat von Ludwigshafen. Berufspolitiker zu werden, war eigentlich nie mein Ziel und doch habe ich mich über die Nominierung zum Direktkandidaten dieses Wahlkreises sehr gefreut. Und natürlich noch mehr, als ich gewählt wurde.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

Ich bin insgesamt zufrieden damit, was die Regierung in der vergangenen Legislaturperiode geschafft hat. Besonders freue ich mich natürlich über die Dinge, die ich im Ausschuss Arbeit und Soziales sowie im Ausschuss Familie, Senioren, Frauen und Jugend mitgestalten durfte. Hier haben wir Kinder und Familien gestärkt, indem die Betreuungsmöglichkeiten ausgebaut wurden und mehr finanzielle Sicherheit für Familien geschaffen wurde. Dies haben wir beispielsweise geschafft durch die Erhöhung des Kindergeldes oder durch eine bessere Unterstützung von einkommensschwachen Familien. Der Ausbau von Betreuungsplätzen hilft, Kinder zu fördern und Familien zu stärken. Auch in der Pandemie hat sich die Regierung für Familien und Kinder eingesetzt und verschiedene Maßnahmen gestartet, um Kindern und Jugendlichen ein Aufholen nach der Pandemie zu ermöglichen. Unternehmen wurde geholfen, so dass sie in der Pandemie überleben konnten und Arbeitsplätze erhalten blieben. Als Union stehen wir für einen wirksamen Klimaschutz, der aber auch sozial ausgewogen ist. Bürgerinnen und Bürger werden finanziell unterstützt, wenn sie z.B. bauliche Maßnahmen für mehr Klimaschutz durchführen. Auch in der Digitalisierung sind wir ein Stück weiter.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Als Familienvater steht für mich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie an erster Stelle. Für dieses Ziel setze ich mich auch als verantwortlicher Berichterstatter in meinen Ausschüssen ein. Der Fokus liegt darauf, zum einen Zeit für die Familie zu schaffen, ausreichend Betreuungsangebote bereitzustellen und Familien finanziell zu entlasten. Durch flexible, hinreichende Betreuungsangebote ist es Eltern möglich, auch mit Kindern ihrem Beruf nachzugehen, sofern sie das möchten. Eltern sollten aber stets die Wahlfreiheit haben, selbst zu entscheiden. Durch unsere Erhöhung des Kindergeldes wurden Eltern finanziell entlastet. Während der Pandemie waren Familien besonders betroffen und der Balanceakt zwischen Homeoffice und Kinderbetreuung fiel vielen schwer. Deshalb haben wir Familien u.a. mit Kindergeldzuschüssen unterstützt. Allerdings ist die Vereinbarkeit von Beruf und Familien noch nicht auf dem Niveau, auf dem ich sie gerne hätte. Um das zu erreichen, möchte ich wieder in den Bundestag und dort meine Akzente setzen.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Der Klimawandel ist das große Thema unserer Zeit und betrifft uns alle. Damit auch kommende Generationen gut auf dieser Welt leben können, ist es wichtig, dass wir jetzt handeln. Unser Ziel ist, die Treibhausgasemissionen Deutschlands bis 2030 um 65 Prozent gegenüber dem Referenzjahr 1990 zu reduzieren, um dann auf einem konkret beschriebenen Pfad im Jahr 2040 88 Prozent Minderung zu erreichen und im Jahr 2045 Treibhausgasneutralität zu erreichen. Dies sollte aber im Einklang mit den Bürgerinnen und Bürgern geschehen, so dass die Klimapolitik nicht zu Lasten der Schwächsten geht. Daher setzen wir auf den Emissionshandel und kompensieren entstehende Mehrbelastungen mit gezielten Entlastungen in den Bereichen Wohnen und Mobilität. Außerdem wollen wir es Verbraucherinnen und Verbrauchern einfacher machen, nachzuvollziehen, welche CO₂-Bilanz ein Produkt hat. Wir unterstützen sie beim Kauf ressourcenschonender Produkte, damit jede und jeder einen Beitrag leisten kann und Klimaschutz nicht am Geldbeutel scheitert. Aber es ist auch zu bedenken, dass die Transformation der Wirtschaft nur gelingen wird, wenn sich Investitionen

in die Dekarbonisierung als wirtschaftlich erweisen. Wenn der Wandel der Wirtschaft Arbeitsplätze kostet und Unternehmen abwandern, haben wir nichts gewonnen. Außerdem können wir dann unsere internationalen Partner nur schwer davon überzeugen, es uns gleichzutun. Wir unterstützen den Ausbau erneuerbarer Energien und setzen auf einen Mix aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie. Da Mobilität einen großen Teil zum CO₂-Ausstoß beiträgt, ist auch hier ein Umdenken gefordert. Wir setzen auf eine Stärkung des Schienenverkehrs zum Beispiel durch die Verlagerung des Gütertransports von der Straße auf die Schiene sowie einen Ausbau des ÖPNV. Doch auch das Auto hat bei uns einen Platz. Deutschland als Autostandort zu stärken und zu erhalten, ist uns wichtig. Daher setzen wir auf einen Umstieg hin zu mehr emissionsfreien Fahrzeugen, wie Elektro- oder Wasserstoff betriebene Autos. Wir in Deutschland können und müssen unseren Teil zum Klimaschutz beitragen, allerdings können wir das nicht alleine schaffen. Daher setzen wir uns für ein Bündnis zur Stärkung innovativer klimafreundlicher Technologien weltweit ein, um die Artenvielfalt zu erhalten und zu schützen und gemeinsam den Klimawandel zu bekämpfen.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben)?

Konzerne mit großem ökologischem Fußabdruck sollten wir durch Anreize davon überzeugen, ihre Emissionen zu senken. Zu viel Druck kann eher dazu führen, dass die Unternehmen ins Ausland abwandern und dort weitermachen wie bisher. Das würde uns in Deutschland Arbeitsplätze kosten und den Klimaschutz nicht weiterbringen. Daher ist es sinnvoller, über geeignete Überzeugungsmittel die Unternehmen vom Klimaschutz zu überzeugen. Hier hilft beispielsweise der Emissionshandel. Da die Produktion von CO₂ immer teurer und damit unrentabel wird, werden sich die Unternehmen andere Wege überlegen und ihre Produktion umstellen. Allerdings muss man auch sagen, dass sich die meisten Unternehmen selbst mit dem Thema Klimaschutz beschäftigen und sich bemühen, ihre Emissionen zu senken. Deshalb investieren wir viel in die Forschungsförderung.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Hier kommt es auf den Energiemix an. Das bedeutet, dass wir Energie aus Sonne, Wind, Biomasse, Wasserkraft und Geothermie gewinnen. Es ist wichtig, erneuerbare Energien auszubauen, damit der Energiebedarf gedeckt werden kann. Da erneuerbare Energien häufig Schwankungen unterliegen, brauchen wir Energiespeicher und gut vernetzte Stromtrassen. Hier müssen wir den Ausbau vorantreiben. Ein Fokus sollte auf der Energieeffizienz liegen. Dies funktioniert durch Gebäudesanierung sowie die Optimierung und den Ausbau von Speicherkapazitäten. Dazu haben wir Förderungen aufgelegt, damit sich alle einen Umbau leisten können. 7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden? Durch die Digitalisierung und den Klimawandel entstehen neue Jobs, gleichzeitig verändern sich alte oder fallen sogar ganz weg. Dennoch ist Deutschland auch in der Zukunft gut aufgestellt. Indem wir die 3 Steuerlast für Unternehmen auf maximal 25 Prozent festlegen, bleiben Unternehmen in Deutschland. Außerdem planen wir einen Bürokratie-Abbau, um auch internationale Unternehmen darin zu bestärken, zu uns zu kommen oder hier zu bleiben. Durch gezielte Einwanderung ist es auch möglich, dem Fachkräftemangel in Deutschland

entgegenzuwirken. Alle Bürgerinnen und Bürger sollen am Wohlstand Deutschlands teilhaben können. Dies kann durch eine Verbesserung der Mitarbeiterkapitalbeteiligung an einem Unternehmen geschehen oder durch die Stärkung von Vermögensbildung, wie etwa durch den Sparer-Pauschbetrag oder die Arbeitnehmersparzulage. Durch unsere umsichtige Haushaltspolitik in den vergangenen Jahren und dem Festhalten an der „schwarzen Null“ konnten wir die wirtschaftlichen Folgen der Pandemie auffangen. Dennoch ist klar, dass in den nächsten Jahren das ausgegebene Geld wieder eingenommen werden muss. Mit unserer Finanzpolitik werden wir es schaffen, dass wir kommenden Generationen keinen Schuldenberg hinterlassen.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“?

Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten? In Deutschland tragen starke Schultern schon heute weitaus mehr als schwache. Die oberen 10 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlen rund 55 Prozent der Einkommensteuer. Die unteren 50 Prozent der Einkommensteuerpflichtigen zahlen nur 6,4 Prozent der gesamten Einkommensteuer. Den sozialen Ausgleich leisten wir in Deutschland über diese Steuerart. Eine Vermögenssteuer lehne ich ab. Stattdessen setzen wir darauf, Familien sowie kleinere und mittlere Einkommen zu entlasten. Dies machen wir durch die regelmäßige Anpassung des Einkommensteuertarifs an die Preisentwicklung, sowie durch die bereits durchgesetzte Erhöhung des Kindergeldes und eines zukünftigen Kinderfreibetrags. Auch Alleinerziehende wollen wir weiter entlasten. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode den steuerlichen Entlastungsbetrag für Alleinerziehende bereits verdoppelt und planen, ihn bis auf 5.000 Euro anzuheben.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Die Corona-Pandemie hat alle hart getroffen, auch die Industrie. Durch unsere wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen konnten wir hier aber Schlimmeres abwenden. Obwohl die Fertigung im Jahr 2020 im Vergleich zu 2019 um ein Zehntel gesunken ist, gab es bei den Erwerbstätigen nur einen kleinen Rückgang um 0,9 Prozent. Natürlich wurden einige Branchen deutlich stärker getroffen als andere, hier müssen wir natürlich weiterhin unterstützen. Auch die Überbrückungshilfen haben sich auf dem Arbeitsmarkt positiv bemerkbar gemacht. Hauptaufgabe ist jetzt, die Wirtschaft wieder voranzubringen und Betriebe zu unterstützen. Das Geld dazu haben wir, weil die CDU in den letzten Jahren auf einen ausgeglichenen Haushalt geachtet hat.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

Da unser ganzes Leben immer digitaler wird, ist es wichtig, schon in der Schule digitale Kompetenzen zu stärken. Schülerinnen und Schüler müssen neben den Kulturtechniken Lesen, Schreiben und Rechnen auch ein technisches und informatisches Grundverständnis und Medienkompetenz vermittelt bekommen. Allerdings gehört die Bildungspolitik zu den Kernkompetenzen der Länder, so dass ich als Bundestagsabgeordneter wenige Einflussmöglichkeiten habe.

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Die Bundesregierung hat das Programm „Aufholen nach Corona“ beschlossen, um Kindern und Jugendlichen zu helfen, Lernrückstände aus der Zeit des Fernunterrichts aufzuholen. In diesem Programm finden sich z.B. Sommercamps oder die Begleitung von schwächeren Schülerinnen und Schülern durch Fachkräfte. Aber auch psychologische Unterstützung sollte angeboten werden, da für viele die Situation zu Hause psychisch eine Belastung war. Besonders wichtig ist mir, dass diese Maßnahmen über das Schuljahr 2021/22 hinausgehen. Die Frage, ob G8 oder G9 besser wäre, wird allein auf Länderebene entschieden.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Jedes Kind, ob mit oder ohne Einschränkungen, muss an unserer Gesellschaft teilhaben können. Um dies zu gewährleisten, stellen wir viele Fördermittel bereit, z.B. für Integrationshelferinnen und -helfer. Da ein früher Förderungsbeginn essentiell ist, beginnen wir schon in der Kita. Im Mittelpunkt der schulischen Integration stehen immer das Wohl des Kindes und die Möglichkeit, aus verschiedenen Angeboten das Passende zu wählen. Aber auch die Beratung durch andere Menschen mit Behinderung, wie sie seit Januar 2018 in Ludwigshafen durch den Bund unterstützt und ausgebaut wird, bringt die Inklusion voran. Ebenso wurde in dieser Legislaturperiode ein Gesetz zur Barrierefreiheit beschlossen. Dieses soll Menschen mit Einschränkungen durch die Verpflichtung der Wirtschaft, barrierefreie Produkte zu produzieren, die Teilhabe am Alltag erleichtern. Damit Menschen mit Behinderungen am alltäglichen Leben selbstverständlich teilhaben können, bemühen wir uns, öffentliche Bereiche wie den ÖPNV oder die Verwaltung barrierefrei zu gestalten. Gleichzeitig ist es uns wichtig, die Eltern zu unterstützen, indem sie z.B. für die Pflegezeit Rentenbeiträge erhalten.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

Wir sind mit dem deutschen Gesundheitswesen sehr gut aufgestellt. Eine umfassende Versorgung, medizinische Innovationen und den Erhalt unseres sehr guten Gesundheitssystems erreichen wir mit der bewährten Selbstverwaltung, der freien Arzt- und Therapiewahl sowie mit dem Zusammenspiel von gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen. Eine Einheitsversicherung lehne ich ab. Sie wäre keine Lösung für die Bewältigung der steigenden Kosten im Gesundheitsbereich und würde die finanziellen Herausforderungen nur in die Zukunft verschieben. Zur Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung setzen wir weiter auf einkommensabhängige paritätische Beiträge. Krankenhäuser und die ambulante Versorgung wollen wir weiter stärken, die Ausbildungswege im Gesundheitswesen verbessern, Selbstbestimmung und Patientensouveränität stärken, den öffentlichen Gesundheitsdienst modernisieren, medizinische Forschung fördern und weitere Verbesserungen in der Pflege erreichen.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Der digitale Impfausweis ist ein wichtiger Schritt in die Richtung eines digitalen Gesundheitswesens. Während der Corona-Pandemie hat sich gezeigt, wie sinnvoll und notwendig eine digital vernetzte medizinische Versorgung sein kann. Die Digitalisierung eröffnet viele neue Möglichkeiten für eine bessere Gesundheitsversorgung. Wenn mehr Informationen verfügbar sind, wichtige Daten direkt abgerufen werden können und Behandlungsabläufe für den behandelnden Arzt transparent werden, können Doppelbehandlungen verhindert und gefährliche Arzneimittelwechselwirkungen vermieden werden. Gleichzeitig wird die Digitalisierung Ärztinnen und Ärzten und vielen weiteren Akteuren im Gesundheitsbereich helfen, Arbeitsprozesse zu vereinfachen und Bürokratie abzubauen. Auch die 5 Patientinnen und Patienten werden durch die Digitalisierung entlastet, u.a. mit dem Rezept per App oder digitalen Überweisungen zum Facharzt. Dabei muss natürlich jeglicher Umgang mit Daten den strengen Anforderungen des Datenschutzes genügen.

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Der demographische Wandel stellt uns vor die Herausforderung, die gesetzliche Rentenversicherung so aufzustellen, dass auch jüngere Generationen Aussicht auf eine gute, staatlich finanzierte Rente haben. Die Generationengerechtigkeit steht bei uns an oberster Stelle. Die Haushaltspolitik muss stets die kommenden Generationen im Blick behalten und für diese Handlungsspielräume ermöglichen. Gerade während der Pandemie haben wir viel Geld ausgegeben, und müssen nun schauen, dass dieses Geld wieder eingenommen wird – ohne dabei Unternehmen oder Bürgerinnen und Bürger durch Steuern weiter zu belasten. Der demographische Wandel betrifft neben der Rente auch den Arbeitsmarkt. Wenn weniger Kinder geboren werden und mehr Personen aus dem Beruf ausscheiden, bleiben immer mehr Stellen vakant. Zu beobachten ist dies bereits jetzt am Fachkräftemangel oder den offenen Ausbildungsstellen. Hier haben wir mit mehreren Ausbildungsinitiativen und einem Fachkräfteeinwanderungsgesetz in dieser Wahlperiode einiges auf den Weg gebracht.

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?

Für mich steht der Schutz des Lebens an erster Stelle. Dennoch sollten Ärztinnen und Ärzte die Möglichkeit haben, über Abbrüche zu informieren und zu beraten. Nur so ist es möglich, Frauen über Risiken und Möglichkeiten aufzuklären. Wichtig ist hierbei auch immer eine psychologische Begleitung. Eine Werbung für Abtreibung lehne ich ab. Gleichgeschlechtliche Paare haben seit dem Gesetz über die Ehe für alle, das wir im Jahr 2017 im Bundestag verabschiedet haben, das gleiche Recht, Kinder zu adoptieren wie heterosexuelle Paare. Dies unterstütze ich selbstverständlich. Das Hauptaugenmerk bei einer Adoption sollte auf dem Wohl der Kinder liegen und nicht darauf, welches Geschlecht die Elternteile haben.

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietpreisbremse /Mietendeckels? Die Mietpreisbremse ist ein Teil eines größeren Ganzen, um in Deutschland mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen. Sie kann helfen, Mieterinnen und Mieter vor einer zu starken Mieterhöhung zu schützen und gegebenenfalls Geld zurückzuerlangen, allerdings ist das nicht alles. Parallel dazu setzt sich die Union für Steueranreize ein, um eine Umwandlung in Bauland voranzutreiben, und hat in dieser Legislaturperiode mit dem Baukindergeld ein sehr erfolgreiches Instrument zur Förderung von Wohneigentum für Familien umgesetzt. Der

Mietendeckel ist am Bundesverfassungsgericht gescheitert – aus Gründen, die ich sehr gut nachvollziehen kann.

18) Was ist Ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen Sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden Sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn Sie könnten?

Ich würde mir wünschen, dass Bürgerinnen und Bürger vermehrt den Öffentlichen Personennahverkehr nutzen. Wichtig dafür sind natürlich ein guter Ausbau und eine gute Anbindung der umliegenden Städte und Gemeinden an das Stadtzentrum. Durch Förderung des Bundesministeriums für Verkehr und digitale Infrastruktur konnten wir bereits mit der Renovierung der Hauptbahnhöfe in Ludwigshafen und Frankenthal beginnen, aber da ist noch viel zu tun. Des Weiteren fände ich auch eine vermehrte Nutzung von E-Bikes positiv. Dies ist auch der Grund, warum die Junge Union in meinem Wahlkreis mit einem Lasten-E-Bike Werbung macht und dieses als Transportmittel nutzt. Trotzdem ist das Auto an vielen Orten noch unverzichtbar. Auch hier läge daher wieder der Fokus auf dem Ausbau des ÖPNV, ohne das Auto gänzlich zu verdrängen. Stattdessen setzen wir auf einen Wandel hin zu Autos, die durch erneuerbare Energien angetrieben werden. Da Ludwigshafen durch Mannheim schon sehr gut angebunden ist, würde ich mir mehr regionale Bahnlinien wünschen, um auch abgelegene Stadtteile besser anzubinden. Eine enge Zusammenarbeit mit Mannheim wäre ein guter Startpunkt, um Ländergrenzen übergreifend den ÖPNV auszubauen und eine gute Anbindung zu verwirklichen.

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Die USA sind unser wichtigster weltpolitischer Partner, auch im militärischen Bereich. Dennoch haben die vergangenen Jahre unter US-Präsident Donald Trump und leider auch das derzeitige Verhalten seines Nachfolgers Joseph Biden gezeigt, dass sich Deutschland und die EU nicht ausschließlich auf die USA verlassen können. Stattdessen muss das Ziel der EU sein, als gleichberechtigter Partner gemeinsam mit den USA für Frieden, Freiheit und Demokratie einzustehen. Daher unterstütze ich eine gemeinsame europäische Außen- und Verteidigungspolitik. Deutschland könnte hierbei verschiedene Rollen übernehmen, beispielsweise in der Ausbildung von Soldatinnen oder Soldaten, bei der Koordinierung und Planung von Einsätzen oder durch das Bereitstellen eigener Truppen.

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Natürlich wird in Zukunft die EU eine wichtige Rolle spielen. Besonders wichtig sind hier die innereuropäischen Beziehungen und ein starkes, vereint handelndes Europa. Das Verhalten Chinas wird in der EU sowie in Deutschland permanent beobachtet und analysiert. Aber auch Belarus, dessen Staatspräsident die Menschenrechte verletzt, bleibt im Fokus der Außenpolitik. Interessant wird sein, wie sich die Beziehungen zwischen der EU und Großbritannien nach dem Brexit entwickeln. Mit Afghanistan kommt ein weiteres Land hinzu, auf das Deutschland in Zukunft stärker achten muss. Wichtig ist es jetzt erstmal, die noch in Afghanistan verbliebenen deutschen Staatsbürgerinnen und Staatsbürger sowie die Ortskräfte, die für uns gearbeitet haben, zu evakuieren. Einen Plan brauchen wir auch für die

Menschen, die nicht als Orts- oder Hilfskräfte gearbeitet haben, aber aus anderen Gründen aus Furcht vor den Taliban fliehen. Es ist davon auszugehen, dass viele Menschen in die Nachbarländer gehen werden. Deutschland sollte sich deshalb auf europäischer Ebene dafür einsetzen, dass die Hilfe in den Nachbarländern Priorität genießt und auch das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen ausreichende Hilfsmittel bekommt.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Besonders wichtig ist natürlich der Klimaschutz. Hier sollte sich die deutsche Politik konsequent dafür einsetzen, dass das 1,5-Grad Ziel erreicht wird. Die Hochwasserkatastrophe in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sowie die Hitzewelle in Südeuropa haben gezeigt, dass wir jetzt handeln müssen. Ein weiteres wichtiges Thema ist die Unterstützung der jüngeren Generationen, die durch die Corona-Pandemie einiges durchmachen mussten. Doch auch unabhängig von der Pandemie stehen Kinder und Familien für mich im Vordergrund. Der fortlaufende Ausbau von Betreuungsplätzen sowie die Unterstützung von Familien sind wichtige Themen, an denen ich weiterarbeiten möchte. Ich will auch, dass alle Menschen in Deutschland einen guten Lebensabend verbringen können. Deshalb muss sich die Politik mit dem Thema Rente befassen. Ebenso sollte der Fokus nach der Pandemie darauf liegen, die Wirtschaftskraft zu stärken und gut aus der Krise zu kommen. Unsere Haushaltspolitik der vergangenen Jahre hat gezeigt, wie wichtig es ist, in guten Jahren verantwortungsvoll zu wirtschaften, denn nur so war es möglich, während der Corona-Pandemie die benötigten Gelder bereitzustellen. Damit kommende Generationen nicht belastet werden, sollte der Fokus nun darauf liegen, die Wirtschaft weiter zu stärken und mittelfristig auch wieder einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

2) Christian Schreider, SPD

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Ich bin ein Kind der 80-er Jahre. Das erste Ereignis, das mich in dieser Zeit politisiert hat, war schon 1982 im Alter von zehn Jahren der Sturz von Bundeskanzler Helmut Schmidt durch das FDP-Überlaufen zu Helmut Kohl, was ich als undemokratischen Verrat an den Wählerinnen und Wählern empfunden habe – denn bei der Bundestagswahl zuvor hatte die FDP sich ausdrücklich zur sozialliberalen Koalition mit der SPD. Globalpolitisch gesehen gab es im selben Jahrzehnt dann besorgniserregende Entwicklungen wie das Wettrüsten, das Waldsterben sowie den GAU in Tschernobyl – nicht nur Atomkatastrophen drohten und machten klar: Wir müssen dringend umdenken!

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

(Nur) zum Teil.

Einerseits hat die SPD hat – als ein Beispiel – dafür gesorgt, dass das Kindergeld um 10 Euro erhöht wurde. Und es kommen noch mal monatlich 15 Euro zusätzlich für jedes Kind dazu. Für bessere Kitas und weniger Gebühren werden weitere 5,5 Milliarden Euro investiert. Und

wir nehmen den Familien die Sorge vor hohen Kosten, wenn die eigenen Eltern pflegebedürftig sind. Das rechtsverbindliche Klimaschutzgesetz ist bei diesem wichtigen Thema ein erster Schritt in die richtige Richtung, ebenso wie ein fester CO₂-Preis für Verkehr und Wärme sowie die Förderprogramme zur energetischen Gebäudesanierung. Auch die globale Mindeststeuer für Unternehmen steht als erster guter Schritt zu dieser Thematik auf der Habenseite.

Andererseits gab es viele Themen, bei denen wir mit unserem Koalitionspartner die eigentlichen Ziele nur mit vielen Kompromissen und/oder sehr spät umsetzen konnten, wie etwa im Bereich des Klimaschutzes, oder auch in Sachen Transparenz bei Abgeordnetentätigkeiten.

Für mich steht fest: Mit einem im wahrsten Wortsinne konservativen „Weiter so“ kommen wir eben keinen einzigen Schritt weiter, sondern treten uns vielmehr an Ort und Stelle mit verheerenden Folgen fest. Wir müssen insbesondere im Bereich Klimaschutz schnell viel besser werden.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Als überzeugter Sozialdemokrat will ich einen gesamtgesellschaftlichen Fortschritt, der alle Menschen mitnimmt, der gesunde und nachhaltige Lebensbedingungen in einer intakten Umwelt schafft und der wirtschaftliche Interessen mit den Anforderungen an den Klimaschutz in Einklang bringt – damit auch die künftigen Generationen in unserem Land in Sicherheit und in einer intakten Umwelt leben können. Daraus ergeben sich ganz vielfältige Aufgaben. Persönlich sind meine größten Anliegen: Gerechtigkeit in allen Lebensbereichen (vor allem auch im Bereich Bildung) sowie die Verknüpfung der Themen Verkehr, Energie und Klimaschutz mit der industriellen Zukunft unseres Standorts Vorderpfalz – Stichwort: neue Arbeitsplätze durch neue Antriebsformen wie etwa Wasserstoff.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Wir müssen in diesem Bereich unsere Ziele weitaus verbindlicher fassen. Gesteckte Ziele stets wieder aufs Neue inhaltlich aufzuweichen und zeitlich zu verschieben, ist nicht zielführend. Wir müssen dabei die Sensibilität für diese enorm wichtige Aufgabe in allen Sphären unserer Gesellschaft verankern, im Bildungssystem, in unserem Konsumverhalten und in der gesellschaftlichen Verantwortung der Wirtschaft – verbunden mit klaren finanziellen Anreizmechanismen wie dem CO₂-Preis. Dieser Prozess erfordert in weiten Teilen ein ebenso grundlegendes Um- und Überdenken bestehender Verhaltensmuster ebenso wie eine Änderung in unserem Handeln. Dies kann nur als gesamtgesellschaftlicher Prozess funktionieren, bei dem möglichst viele an einem Strang ziehen. Ich setze da auch auf die jüngere Generation, die das Recht hat von der älteren hier die Übernahme von Verantwortung zu fordern!

Dabei ist klar, dass der Klimaschutz sozial abgefedert organisiert werden muss und die Kosten nicht von Normal- und Geringverdienern gestemmt werden können – sie müssen für steigende Energiekosten entsprechende Ausgleichs über Steuererleichterungen und Mietpreisbremsen bekommen.

Insgesamt müssen wir die globale Erderwärmung auf weit unter zwei Grad halten und möglichst auf 1,5 Grad Celsius begrenzen. Das ist eine Menschheitsaufgabe. Deutschland

muss bis spätestens 2045 komplett klimaneutral sein. Dementsprechend wird die SPD im Einklang mit den europäischen Klimazielen unser Minderungsziel für 2030 deutlich (auf 65 %) anheben; auch für 2040 werden wir ein Minderungsziel festschreiben (88 %). Wir wollen dafür sorgen, dass bis zum Jahr 2040 unser Strom vollständig aus erneuerbaren Energien, vor allem Wind und Sonne, kommt. Es braucht auch mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze; wir brauchen neue Stromspeicher und eine nachhaltige Wasserstoffproduktion – das bringt im Übrigen auch neue, gut bezahlte Arbeitsplätze.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben)?

Ein solcher Prozess ist nur über ein Bündel von Maßnahmen zu steuern, einige habe ich schon erwähnt. Die Rahmenbedingungen für die Produktion sind über entsprechende Anreizmechanismen – insbesondere entsprechende Steuern, Abgaben und den CO₂-Preis – zu verändern und entstehende Folgekosten für Schäden weitaus direkter dem Verursacher selbst anzulasten, als diese der ohnehin durch die Umweltbeeinträchtigungen bereits belasteten Gemeinschaft noch zusätzlich aufzubürden. Dazu muss auch eine Abstimmung auf internationaler Ebene erfolgen, wie dies etwa in der EU bereits sehr gut möglich ist, um eine einfache geografische Verlagerung gefährdender Produktionsstätten zu vereiteln. Das Lieferkettengesetz gibt ein Beispiel für globalere Verantwortung. Letztlich muss das Ziel sein, Emissionen nicht zu kompensieren, sondern deren Entstehung zu verhindern.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Der deutliche Ausbau nachhaltiger Energieerzeugung einerseits und die Fokussierung auf energiesparende Technologien andererseits sind hierbei zwei zielführende Wege. Die Infrastruktur des Netzausbaus muss zudem umfassend verbessert werden. Die Entwicklung innovativer Technologien muss beschleunigt und deren Marktzugang vereinfacht werden. Unser Strombedarf wird in den kommenden Jahren und Jahrzehnten deutlich steigen, weil wir anstatt fossiler Energieträger deutlich mehr Strom im Verkehr und der Industrie einsetzen werden. Allein bis 2030 brauchen wir jährlich ungefähr 10 Terrawattstunden Strom zusätzlich - das entspricht dem Stromverbrauch von Hamburg. Wir brauchen deshalb ein Jahrzehnt des entschlossenen Ausbaus der erneuerbaren Energien. Daher braucht es jetzt schnell klare Entscheidungen: beim Ausbau der erneuerbaren Energien und der Digitalisierung der Stromnetze, bei der Steigerung der Energieeffizienz, beim Aufbau von Speichertechnologien und einer Wasserstoffproduktion sowie eines Transportnetzes, bei Investitionen in klimafreundliche Produktionsprozesse in der Industrie, bei der Modernisierung von Wohngebäuden, Fabriken und Schulen. Wo eine direkte Elektrifizierung nicht sinnvoll ist, werden wir große Mengen Wasserstoff aus erneuerbaren Energien benötigen. Wasserstoff stößt bei der Verbrennung keinerlei Treibhausgase aus und ist gut speicherbar. Er ist reichlich vorhanden und lässt sich durch die Aufspaltung von Wasser in Sauerstoff und Wasserstoff erzeugen. Ohne sauberen Wasserstoff in großindustriell hergestelltem Maßstab ist Klimaneutralität nicht zu erreichen. Dass die BASF in diesem Zusammenhang die Pilot-Anlage zur Methanpyrolyse – also zur Herstellung von sauberem Wasserstoff – in Betrieb genommen hat, ist ein großes Hoffnungszeichen.

Wir brauchen mehr Tempo beim Ausbau der Stromnetze, Bahnstrecken, Wasserstoffleitungen und Ladesäulen für Elektroautos. Der Ausbau dieser Infrastrukturen muss dem Bedarf

vorausgehen. Unsere Planungen für den Aufbau einer nachhaltigen Infrastruktur müssen über das Jahr 2025 hinausreichen. Der massive Ausbau der erneuerbaren Energien und die Beteiligung der Bürger/innen vor Ort, beispielsweise durch Energiegenossenschaften, werden das Herzstück sozialdemokratischer Klimaschutz- und Energiepolitik.

Darüber hinaus müssen alle dazu geeigneten Dächer eine Solaranlage bekommen. In einem ersten Schritt brauchen wir auf allen öffentlichen Gebäuden und gewerblichen Neubauten Solar-Strom. Ziel ist letztlich eine Solaranlage auf jedem Supermarkt, jeder Schule und jedem Rathaus. Wir als SPD wollen innovative Formen der erneuerbaren Stromerzeugung wie integrierte Photovoltaik in der Gebäudehülle sowie auf landwirtschaftlichen Flächen gezielt fördern und neue strategische Energiepartnerschaften aufbauen.

7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden?

Auf einen Punkt gebracht: Innovationen fördern, ganz massiv in Bildung investieren, unnötige Bürokratie abbauen, europäische Kooperationen ausbauen. Wir als SPD setzen uns für eine gezielte und koordinierte Unterstützung der deutschen und europäischen Digitalwirtschaft auf allen Technologie-Ebenen und entlang der gesamten Wertschöpfungsketten ein: von der Halbleiter-Fertigung und der Quantentechnologie über die Cloud und Künstliche Intelligenz und Edge-Computing bis zur Cyber-Sicherheit, sicherer und vertrauenswürdiger Hard- und Software sowie Netzwerktechnik und datenbasierten Geschäftsmodellen. Große Bedeutung für europäische Unternehmen kommt hierbei Open-Source-basierten Modellen und einer europäischen Cloud-Infrastruktur zu.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Respekt ist auch eine Frage des Finanziellen. Deutschland ist ein Niedrigsteuerland – für Bestverdienende. Im weltweiten Steuer-Vergleich ist Deutschland tatsächlich nur dort oben, wo es die Normalverdiener trifft. Steuern auf Vermögen und Erbschaften – da sind wir weit hinten. Die Folgen sind drastisch: Vermögen sind bei uns so ungleich verteilt wie fast nirgendwo sonst, die Schere geht immer weiter auseinander. Das reichste Prozent der Bevölkerung hält fast 40% des Gesamtvermögens. Nur jeder zweite Berufstätige übertrifft noch das Real-Einkommen seiner Eltern: „Unsere Kinder sollen es mal besser haben“ – dieser schöne Satz wurde irgendwann einkassiert. Deshalb plädiere ich für eine neue Vermögenssteuer. Wir müssen auch die Steueroasen austrocknen. Wir brauchen eine wirklich griffige Besteuerung weltweiter Konzerne, die ihre Gewinne immer noch von A nach B verschieben. Nehmen wir Amazon und Herrn Bezos: Welchen Reibach die gerade mit Corona machen – und wie die andererseits ihre Leute behandeln – das geht gar nicht, da müssen wir endlich richtig ran. Mit der globalen Mindeststeuer ist hier ein erster guter Schritt gemacht worden.

Auch die Besteuerung von Einkommen muss gerechter werden. Das aktuelle Steuersystem nimmt gerade mittlere Einkommen zu stark in Anspruch. Die finanziellen Lasten der Krisenbewältigung dürfen für die ohnehin stark strapazierte große Mehrheit der Menschen nicht zu einer steuerlichen Mehrbelastung führen. Im Gegenteil: Ich will eine Einkommensteuerreform vornehmen, die kleine und mittlere Einkommen besserstellt, die Kaufkraft stärkt und dafür im Gegenzug die oberen fünf Prozent stärker für die Finanzierung

der wichtigen öffentlichen Aufgaben heranzieht. Für diejenigen, die besonders viel verdienen, will ich wie meine Partei einen Aufschlag von drei Prozentpunkten zur Einkommensteuer; er soll künftig bei Verheirateten für den zu versteuernden Einkommensanteil oberhalb von 500.000 Euro im Jahr, bei Ledigen ab 250.000 Euro im Jahr gelten. Die steuerliche Abzugsfähigkeit von Manager/innengehältern ist zu begrenzen, und zwar auf das 15-fache des Durchschnittseinkommens der Beschäftigten in dem Betrieb, in dem die/der Manager/in beschäftigt ist. Bislang gilt bei förderwürdigen Aufwendungen wie zum Beispiel Spenden: Je höher das Einkommen, desto höher die Steuerrückerstattung; zukünftig soll jede/r eine einkommensunabhängige Steuerminderung erhalten.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Die bürokratischen Hürden bei der Abwicklung der Auszahlung und die Kontrollqualität bei missbräuchlichen Anträgen muss man sich sicherlich im Nachhinein nochmals kritisch anschauen. Im Großen und Ganzen sind wir wirtschaftlich einigermaßen glimpflich durch die Pandemie gekommen. Es gibt aber sicherlich einzelne Unternehmer/innen, die das auch anders sehen, weil sie persönlich stark betroffen sind. Für mich ist immer wichtig, dass man eine funktionierende Fehlerkultur etabliert. Wir müssen das komplette Thema Katastrophenschutz, sei es bei Pandemien, Unfällen oder Extremwetterereignissen, auf den Prüfstand stellen und sehen, was wir künftig besser machen können.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

Ich persönlich kann keinen Vorteil darin erkennen, dass man Bücher im Schulranzen durch die Gegend schleppt. Ich sehe eine ganz große Zukunftschance in der Gestaltung von Lernmedien, die endlich die vielen Vorteile der Digitalisierung nutzen. Mathematische Zusammenhänge lassen sich mit einem geeigneten digitalen Werkzeug viel besser visualisieren als mit Kreide und Lineal an der Tafel. Vokabeln, die man sich vom Tablet in der korrekten Aussprache vorlesen lassen kann, historische Zeitabläufe, visualisiert in einer digitalen Darstellung – die Möglichkeiten der digitalen Bildung sind fast unerschöpflich. Hier müssen wir sinnvoll investieren, um schnell Fortschritte zu machen. Die Schulen müssen die nötigen Geräte, die technischen Kompetenzen für deren Betrieb und die Lehrer/innen das Know-How für die Nutzung der Möglichkeiten erhalten. Nicht zuletzt, weil wir die Schüler/innen auch mit den Schattenseiten der Digitalisierung, wie Überwachung, Cybermobbing und Fake-News konfrontieren müssen, damit sie hier die nötige Medienkompetenz erwerben.

Natürlich ist Digitalisierung gerade in der Schule kein Selbstzweck – sie soll nichts ersetzen – aber vieles ergänzen. Die Lehrkraft muss immer die Hauptrolle behalten und stets zur Hand sein – aber eine kluge IT hilft uns dabei, jedes Kind, jedes Talent individuell zu fördern. Mit Programmen, die für jedes Lerntempo ständig angepasst sind. Denn: Wir müssen den Reichtum an Begabungen endlich besser, breiter und tiefer fördern!

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Lehrpläne müssen konsequent überarbeitet und angepasst werden und wie eben beschrieben muss die Digitalisierung zügig umgesetzt werden. Eine Rückkehr zu 13 Schuljahren sehe ich allenfalls übergangsweise, wenn dies als Konsequenz aus der Pandemie als klares Signal seitens der Schülerschaft gewünscht und gesendet wird.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Ich bin für Inklusion – dann müssen aber auch die baulichen, technischen und vor allem die sozialen Voraussetzungen stimmen. Für Kinder, die nach fachlicher Einschätzung in der Lage sind, am Schulunterricht teilzunehmen, sollten die nötigen Voraussetzungen geschaffen werden. Sozialdemokratisches Ziel ist, die Lehr- und Lernprozesse zu individualisieren, Schüler/innen bestmöglich zu fördern, Lehrkräfte fortzubilden und zu entlasten. Mit Hilfe von zusätzlich ausgebildeten Fachkräften, die diese Kinder im Unterricht dauerhaft begleiten, kann Inklusion dann auch nachhaltig etabliert werden.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

Für Kassenpatienten darf es nicht schwieriger sein einen Arzttermin bei einem Facharzt zu bekommen wie für Privatpatienten. Ein weiteres Kernproblem ist aber auch der Ärztemangel: Die generelle Versorgung von Patienten, vor allem auch im ländlichen Raum, muss gewährleistet werden. Sogenannte Versorgungszentren/Ärztelhäuser bestehend aus einem Zusammenschluss verschiedener fachärztlicher Disziplinen mit Ärzten im Angestelltenverhältnis könnte ein Weg in die Zukunft sein. Dieses Modell ist für niedergelassene Ärzte attraktiver, da sie so nicht das volle Risiko einer eigenen Praxis tragen müssen. Insgesamt braucht ein leistungsfähiges Gesundheitssystem eine stabile und solidarische Finanzierung. Steuerzuschüsse und Investitionsmittel sollten mit klaren Zielvorgaben für die Reform des Systems verbunden werden. Eine Bürgerversicherung muss mittelfristiges Ziel sein. Das bedeutet: gleich guter Zugang zur medizinischen Versorgung für alle, eine solidarische Finanzierung und hohe Qualität der Leistungen. Damit einher gehen müssen gute Arbeitsbedingungen und vernünftige Löhne in der Pflege.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Es ist ein kleiner Schritt in die richtige Richtung, aber kein echter Quantensprung: Der digitale Impfausweis ist nur eine simple App mit QR-Code-Lesekapazität – sicherlich nicht vergleichbar mit der Komplexität, die ein digitales Gesundheitswesen erfordern würde. Wir brauchen eben auch hier einen Digitalisierungsschub. Natürlich mit genauem Blick auf die Datensicherheit. Alles in allem sind wir leider noch weit weg vom digitalen Gesundheitswesen: Bei Patientenverlegungen müssen z.B. noch Bilder und Dateien auf CD gebrannt werden...

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Wir brauchen eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung – und ein Zuwanderungsgesetz, damit wir die neben humanitären

Gründen auch für die Aufrechterhaltung unseres Rentensystems nötige Zuwanderung in unser Land fair und angemessen organisieren.

In Sachen Pflege ist ein erster Schritt für uns, für Pflegebedürftige mit kleinen und mittleren Einkommen den Eigenanteil zu deckeln, damit Pflege für sie bezahlbar bleibt. Zukünftige Kostensteigerungen werden solidarisch über einen Mix aus moderat steigenden Pflegeversicherungsbeiträgen und einem dynamischen Bundeszuschuss finanziert. Die Pflegeinfrastruktur muss bedarfsgerecht ausgebaut werden. Bei Pflegebedürftigkeit wollen viele in der eigenen Wohnung bleiben; dabei sind sie oft auf eine 24-Stunden-Pflege angewiesen. Hier muss bei der Hilfe im Alltag für rechtliche Klarheit gesorgt werden. Ich will durch eine besondere Förderung der haushaltsnahen Dienstleistungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, älteren Menschen helfen, möglichst lange in der eigenen Wohnung zu leben, Schwarzarbeit bekämpfen und den Personen, die bislang ohne Sozialversicherung in den privaten Haushalten arbeiten, eine Absicherung bei Arbeitsunfällen oder Krankheit geben.

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?

Niemand hat das Recht Frauen in Entscheidungen, die in solch intimer Weise ihren Körper betreffen, reinzureden. Ich bin für Beratungsangebote, aber nicht für eine Beratungspflicht. Insbesondere im Hinblick auf Teenagerschwangerschaften kommt der Schulen die wichtige Funktion zu, das Thema Verhütung möglichst unverkrampft rüberzubringen. Gleichgeschlechtliche Paare sollen Kinder adoptieren dürfen; für sie gilt dasselbe wie für andere potenzielle Eltern: die individuelle Geeignetheit muss stimmen – die Fähigkeit zur Liebe und Sorge für die Kinder entscheidet sich eben nicht nach der Art der Partnerschaft der Eltern.

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietenbremse/Mietendeckels?

Der Mangel an bezahlbarem Wohnraum wird immer mehr sozialer Sprengstoff. Seit 2014 ist das Leben um 7 % teurer geworden – die Mieten aber um 27 %. Die Zahl der Sozialwohnungen ist drastisch gesunken. Menschen mit geringem Einkommen brauchen jetzt fast die Hälfte ihres Geldes fürs Wohnen – vor 30 Jahren war es gerade mal ein Viertel. Für Viele heißt es: Ein Heim für die Familie kaufen oder gar bauen – ohne die finanzielle Hilfe der (Groß-)Eltern kaum machbar. All das heißt vor allem eines: Wir müssen, wie eben in Hamburg unter Olaf Scholz, massiv bezahlbaren Wohnraum schaffen – am besten in öffentlicher Trägerschaft. Unser Ziel sind 400.000 Wohnungen pro Jahr – davon 100.000 öffentlich gefördert.

Ich möchte dabei vor allem, dass besser gebaut wird, auch nachverdichtet – gut gemischte Quartiere, mit genug wohnortnahen Kitas. Ich will, dass wir Wohnen und Leben sozialer und nachhaltiger gestalten. Bei meinen skandinavischen Freunden erlebe ich, wie eine Gesellschaft gemeinschaftlicher geht: kurze Wege zu besseren Schulen, Versorgungseinrichtungen ums Eck – und attraktive Kulturstätten als Treffpunkte für Alle.

Letztlich muss dabei eben vor allem Wohnraum bezahlbar bleiben. Respekt bedeutet für mich, dass jeder und jede die Möglichkeit hat, eine bezahlbare Wohnung zu finden. Wir sehen, dass gerade Menschen mit geringem Einkommen fast keine Chance mehr haben, sich

in der Stadt oder in bestimmten Vierteln eine Wohnung zu leisten. Ich will einen Wohnungsmarkt, der allen offensteht: egal ob Studierenden oder Rentnern, Singles oder Familien. Wo der Wohnungsmarkt ganz besondere Kapriolen schlägt – vor allem in Metropolstädten – ist dazu auch ein Mietendeckel sinnvoll, in Form eines befristeten Mietenmoratoriums, d.h. Mieten können für eine bestimmte Zeit nur im Rahmen der Inflationsrate erhöht werden. Das will ich als Übergangslösung dort wo nötig zeitlich befristet einführen. Für einen neuen Aufbruch für bezahlbaren Wohnungsbau brauchen wir starke Partner. Deshalb werden wir als Sozialdemokraten ein neues „Bündnis für bezahlbaren Wohnraum“ initiieren. Wir werden gesetzliche Regelungen dafür schaffen, dass der CO2-Preis von den Vermieterinnen und Vermietern getragen wird. Wir wollen die Mietpreisbremse entfristen und Schlupflöcher schließen. Das Instrument des qualifizierten Mietspiegels wollen wir bundesweit nach einheitlichen und damit rechtssicheren Kriterien ausgestalten und seine Bedeutung stärken: Mietspiegel dürfen keine bloßen Neumietenspiegel sein; deshalb werden wir künftig mindestens die vertraglich vereinbarten Mieten der vergangenen acht Jahre bei ihrer Aufstellung heranziehen. Unsere Bodenpolitik wird am Gemeinwohl orientiert: Bund, Länder und Kommunen sollen öffentliches Eigentum an Grundstücken sichern und vermehren, um die Spekulation mit Grund und Boden zu stoppen. Dazu ist das Vorkaufsrecht für Kommunen zu fairen Preisen wichtig. Wir werden dazu beitragen, dass kommunale Wohnbauflächen nicht veräußert werden, Flächen zurückerworben werden und öffentliches Bauland nur auf dem Weg der Erbpacht für den Wohnungsbau zur Verfügung gestellt wird. Mit der Schaffung von Bodenfonds unter Einbeziehung bundeseigener Grundstücke erhalten Kommunen ein Instrument für die nachhaltige Stadtentwicklung und bezahlbaren Wohnungsbau. Wohneigentum dient nicht nur der Versorgung mit Wohnraum, sondern auch der Vermögens- und Alterssicherung. Um insbesondere jungen Familien den Weg zu den eigenen vier Wänden zu erleichtern, werden wir in angespannten Wohnlagen den Erwerb von Genossenschaftsanteilen erleichtern. Wir werden Mietkaufmodelle fördern und ein Programm „Jung-Kauft-Alt“ für den Erwerb von Bestandsimmobilien insbesondere in vom Leerstand betroffenen Ortskernen auflegen.

18) Was ist ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn sie könnten?

Wir hatten es gerade vom Bauen und Wohnen. Ökologischer bauen, mehr grüne Dächer – gerne. Richtig viel für das Klima tun aber kann man in der Verkehrspolitik. Wir müssen beides zusammen denken: den Verkehrskollaps vermeiden, gerade hier in der Vorderpfalz – aber den Klimakollaps natürlich auch! Wenn wir die CO2-Ziele schaffen wollen, dann muss der Umstieg auf ÖPNV, Elektroautos und Fahrräder endlich leichter werden. Wir brauchen ein intelligentes Mobilitätsnetz mit einem gut getakteten ÖPNV, mehr E-Ladesäulen und guten Radwegen, vor allem auch Radschnellwegen. Ich will kein Verkehrsmittel verteufeln – auch nicht das Auto. Ich will sie besser verknüpfen: zum Beispiel mit dem E-Auto zum Zug, auf dem Radschnellweg zum ICE, mit dem Leihrad zum Arbeitsplatz – individuelle Lösungen nach Maß für jede Pendlerin jeden Pendler. Es braucht ein attraktives Gesamtkonzept, in dem die Rädchen – zum Beispiel mit besseren Anschlüssen und Abstellmöglichkeiten – perfekt ineinandergreifen; in dem wir Hand in Hand mit den Betrieben Alternativen schaffen, etwa mit mehr Job-Tickets und auf die Verkehrslagen abgestimmten Arbeitszeiten.

Klar ist: Schnelle Schienenwege sind das Herzstück der Klimawende. Wo es um die Wirtschaftlichkeit neuer Bahnlinien geht, muss bei den entsprechenden Berechnungen der Klima-Faktor viel mehr zählen. Dafür kämpfe ich in vielen Fachgremien, etwa in den Aufsichtsräten des Verkehrsverbundes Rhein-Neckar oder der Rhein-Neckar Verkehr GmbH.

Stadtbahnen aus dem Ludwigshafener Süden nach Mutterstadt, nach Dannstadt, nach Neuhoften – die braucht es genauso wie von Oppau nach Edigheim, Pfingstweide und möglichst auch nach Frankenthal. Dass Frankenthal mit dem so naheliegenden Ludwigshafener Norden und vor allem auch der BASF nur durch Busse verbunden ist, halte ich für völlig überholt.

Das größte Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr sind eben die dafür hohen finanziellen Aufwendungen. Hier muss direkt nach der Pandemie perspektivisch dringend mehr investiert werden – dass für eine Fahrt mit Bahn oder Bus erst noch ein Fahrschein an einem (oft komplizierten) Automaten gelöst werden muss, sollte als Hürde schnell wegfallen. Relativ preiswerte Zeitkarten sind ein guter erster Schritt, bald muss als nächster das 365-Euro-Ticket folgen – und mittelfristig der kostenlose ÖPNV stehen. Dann kann in der Verkehrspolitik endgültig richtig Fahrt aufgenommen werden – für leichteres Pendeln und viel mehr Klimaschutz.

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Dass die Beschützerrolle der USA durchaus fragil sein kann, z.B. wenn ein unberechenbarer Präsident gewählt wird, haben wir in den Jahren der Trump-Regierung ja gesehen – und zuletzt wieder. Die EU muss sich hier weiterentwickeln und selbst für ihre Interessen eintreten. Das schließt sowohl geostrategische Bündnisse als auch verteidigungspolitische Aspekte ein. Deutschland als eines der bevölkerungsreichsten Länder in der EU kommt hier natürlich eine zentrale Rolle zu.

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Die wichtigsten außenpolitischen Beziehungen sind die zu unseren Partnern in Europa, den USA und Russland. Über allem steht, schon aufgrund historischer Erfahrungen bedingt, die Freundschaft mit Frankreich. Wir müssen darauf hinwirken, dass die EU insgesamt zu einem dauerhaft stabilen Bündnis demokratisch orientierter Nationen entwickelt. Trotz der aus meiner Sicht sehr tragischen Entscheidung für einen Brexit bleibt Großbritannien sicher auch ein sehr wichtiger Partner. Und wir schauen natürlich mit großem Interesse und auch großer Sorge auf die politischen Entwicklungen in der Türkei, weil viele Deutsche türkischstämmig sind und viele Türkinnen und Türken aber auch viele Kurdinnen und Kurden in Deutschland wohnen. Gleiches gilt für Russland: eine große Kulturnation, mit uns seit Jahrhunderten eng verknüpft, derzeit bitter regiert – wir müssen alles dafür tun, dass die Gesprächsfäden mit den Russinnen und Russen erhalten bleiben und dort bald eine Regierung ins Amt kommt, die die Menschenrechte wieder schätzt. Wertvoll in den Beziehungen zu Russland sind die zivilgesellschaftlichen Kontakte, die wir weiter fördern und ausbauen wollen, auch durch Visaerleichterungen für den Austausch junger Menschen. Mit Problemen im Verhältnis zu Russland müssen Deutschland und die EU sicherlich weiterhin rechnen. Ebenso wie im

Verhältnis zu China, das seine (oft undemokratischen) Interessen teils sehr rücksichtslos verfolgt. Und wir müssen uns darauf einstellen, dass – Beispiel Afghanistan – die USA den Schwerpunkt ihres Handelns stärker auf innen- als auf außenpolitische Aspekte verschiebt.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Stabilisierung der Demokratie und Zusammenhalt der Gesellschaft

Wirksame Bekämpfung der Klimakatastrophe

Schaffung von wieder mehr sozialer Gerechtigkeit

Etablierung von Bildungsinnovationen und fairen Aufstiegschancen

Massiver Ausbau der digitalen Infrastruktur inklusive digitaler Souveränität

Sicherung der Zukunftsfähigkeit von Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung

Verknüpfung der Themen Verkehr, Energie und Klimaschutz mit der industriellen Zukunft des Standorts Deutschland - neue Arbeitsplätze durch neue Antriebsformen!

Schaffung bezahlbaren Wohnraums

Update des Gesundheitswesens

Sicherung von Rente und Pflege

3. Stefan Scheil, AfD

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Zum ersten mal politisch aktiv gewesen bin ich zu Abiturzeiten 1981/82. Damals gab es die Debatten über "Nachrüstung", Atomkraft, Ökologie und auch schon deutsche Wiedervereinigung. Alles Dinge, die mich bewegt haben.

Deshalb bin ich auf verschiedene Demonstrationen gegangen, z.B. auf die große Demonstration im Bonner Hofgarten im Herbst 1981.

Interessierter Beobachter und Besucher politischer Veranstaltungen blieb ich seitdem immer. In eine Partei bin ich allerdings nie eingetreten, bis 2013 die Alternative für Deutschland gegründet wurde.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

Überhaupt nicht zufrieden. Das Land stagniert, es fällt international immer weiter zurück, gibt immer mehr Rechte an die EU ab und wird innenpolitisch Desintegriert, durch unfähige Politiker und auch durch wahllose und ungeregelte Zuwanderung.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Ganz allgemein gesagt, eine Zukunft für Deutschland als demokratisch verfasstem Rechtsstaat, der zutreffend als Land der Deutschen bezeichnet werden kann.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Ehrlicherweise kann das nur durch größere Energieeffizienz geschehen und durch den Einsatz der neuen Kernreakortypen, die als einzige fähig sind, CO₂-freien Strom in industriellem Maßstab grundlastsicher bereit zu stellen.

Wer CO₂ für eine dramatische Gefahr hält, kann heute eigentlich nicht gegen Atomkraft sein. Das sage ich als früherer (s.o.) Atomkraftgegner. Obendrein können Reaktoren der neuen Generation auch das verbrennen, was heute als Atommüll gilt und irgendwo teuer endgelagert werden soll. Man könnte es also statt dessen produktiv nutzen.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben) ?

Es gibt in Deutschland bereits die höchste Steuer- und Abgabenlast der Welt. Auch die Energiepreise sind im Vergleich zu Europa und weltweit bereits am teuersten.

Hier sehe ich eher die Verbraucher am Zug, weniger CO₂-intensive oder umweltbelastende Produkte nachzufragen. Dann regelt sich das von selbst.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Zunächst einmal nur, indem der deutsche Sonderweg mit den "erneuerbaren Energien" korrigiert wird, der das europäische Stromnetz wegen der großen Schwankungen bei der Stromproduktion immer wieder an den Rand des Zusammenbruchs bringt.

Im Grunde lebt Deutschlands Stromnetz jetzt schon davon, daß es den Rest Europas wahlweise als Puffer für die eigene Überproduktion im Hochsommer ausbeutet, oder dessen Grundlast in Anspruch nimmt, wenn im Winter mal wieder kein Wind weht und keine Sonne scheint. Das kann so nicht weitergehen und wird noch schlimmer werden, wenn erst weitere Kohle- und AKW-Stromerzeuger stillgelegt sind. Erneuerbare Energien können ein Teil der Lösung sein, aber nicht die Basis für eine sichere Energieversorgung.

7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden?

Hier muß auf vielen Ebenen etwas geschehen. Die Basis für alles bilden ja eine funktionierende Währung und der Zugang zum Kapitalmarkt. Hier ist der Euro eher schädlich

und sollte durch etwas flexibleres ersetzt werden, wie etwa die frühere europäische "Währungsschlange", die kontrollierte Auf- und Abwertungen der Währungen ermöglicht hat. Momentan häuft die europäische Zentralbank Billionenschulden auf, um die Nachteile des Euro für viele Länder zuzukleistern, was eine große Gefahr ist. Dann brauchen wir gut ausgebildete junge Generationen, die auch ordentlich bezahlt werden müssen und eine Industrie, die auf dieser Basis zukunftsfähige Produkte entwickelt und an den Markt bringt. Heute wird ja vieles an Neuem einfach durch amerikanische oder chinesische Firmen aufgekauft (eben wegen fehlendem Zugang zum Kapitalmarkt in Deutschland). Auch ein Grund, mit den 16 Jahren "Merkel" unzufrieden zu sein, in denen die deutschen Großbanken von der ersten Liga international in die dritte Klasse abgestiegen sind.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Wie gesagt, wir haben bereits die höchsten Steuern auf der Welt. Man könnte daran denken, die unteren Einkommen durch eine Senkung der Mehrwertsteuer zu entlasten, das fordern wir als Partei ja auch.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Hier wurde viel versprochen und mit der Gieskanne Geld verteilt. Zugleich wurde das Insolvenzrecht ausgesetzt, so daß man jetzt gar nicht sagen kann, ob das Geld sinnvoll ausgegeben wurde, oder ob nicht schon viele Betriebe faktisch pleite sind, weil bei ihnen gar nichts angekommen ist, während andere in Unterstützung schwimmen. Das übliche Altparteien-Chaos eben.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

Digitalisierung sollte jedenfalls erst in der weiterführenden Schule einsetzen. Die Grundschule sollte sich wieder auf den Erwerb von Lese- und Rechtschreibfähigkeit und Kenntnis der Grundrechenarten konzentrieren. Das und die Schulung der Feinmotorik schafft dann die Basis für alles andere, auch den Umgang mit der Digitalisierung. Meiner Meinung nach kann Schule hier sowieso nur lehren, wie man sich grundsätzlich den Zugang zu digitalen Inhalten und Medien verschafft. Ansonsten ist die Entwicklung in der Digitalisierung so schnell, daß Schulinhalte in diesem Fach sofort wieder veraltet sind.

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Dreizehn Jahre bis zum Abitur sind immer die bessere Lösung gewesen. Es wurde ja viel beklagt, daß G12 die Schüler zeitlich zu stark einspannt und das Privat- oder Vereinsleben lähmt, das für die Entwicklung der Persönlichkeit ebenfalls wichtig ist.

Ich persönlich würde auch deshalb davor warnen, nun mit aller Gewalt sofort sämtliche Defizite aufholen zu wollen, die eventuell an Schulwissen entstanden sein könnten. Hier ist eher die Schule und das Kultusministerium gefordert, den Schülern trotz solcher Defizite, für die sie nichts können, ein gutes Abitur zu ermöglichen.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Wir als Partei halten die bestehenden Förderschulen für das beste Mittel. Wir lehnen deshalb auch eine volle Inklusion ab, weil sie weder den Behinderten noch ihren Mitschülern gerecht wird.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

Das ist wirklich zu komplex, um hier in wenigen Sätzen beantwortet zu werden. Es gibt sicher mehr als zwei "Klassen" im deutschen Gesundheitssystem. Was daran Berechtigung hat und was nicht, dafür bin ich kein Spezialist.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Den digitalen Impfausweis sehe ich eher als Eintrittskarte in den totalen Überwachungsstaat. Er soll dann ja ständig überall vorgezeigt werden müssen und wird dann wirklich einen Schub in die Klassengesellschaft bedeuten, deshalb lehne ich ihn ab.

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Die Diskussion über den demographischen Wandel ist schon ungefähr so alt wie ich selbst und ich bin Mitte fünfzig. Neue Argumente waren schon lange nicht mehr zu hören. Grundsätzlich brauchen wir mehr Wertschätzung für Familien und die finanzielle Möglichkeit, eine Familie zu gründen und ggf. zu Hause zu bleiben, um Kinder zu erziehen. Für Mann und Frau, je nach Wahl. Die gesamte Debatte über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für beide Partner hat für die Zahl der Geburten überhaupt nichts gebracht. Der Fehler liegt woanders. - Was die demnächst stark steigende Zahl der Rentner angeht und Überalterung der Gesellschaft überhaupt, gibt es keine Patenrezepte. Man wird auf Sicht fahren müssen und darauf achten müssen, nicht die ganze Last auf die jungen Beitragszahler abzuwälzen.

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?

Abtreibung bedeutet die Tötung eines Menschen und sollte immer unter diesem Aspekt betrachtet werden. Das heißt, sie kann grundsätzlich nur als Ausnahmefall in medizinischen Notfällen gerechtfertigt sein. Angesichts der Vielzahl an Verhütungsmöglichkeiten und des kaum noch vorhandenen Gesundheitsrisikos beim Austragen einer Schwangerschaft sind die früheren Rechtfertigungsgründe für die Abtreibung als eine Art " gerechtfertigter Notwehr" weitgehend entfallen. - Wir stehen in der AfD für ein konventionelles Familienbild. Daß wir auch unkonventionelle Lebensentwürfe nicht ablehnen, sieht man an unserer Spitzenkandidatin Alice Weidel, die gleichgeschlechtlich Verpartnert ist und mit adoptierten Kindern lebt.

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietenbremse /Mietendeckels?

Wer noch die DDR mit eigenen Augen gesehen hat, weiß, wohin ein Mietendeckel langfristig führt, nämlich zur Verwüstung der Bausubstanz. Städte wie Görlitz standen 1989 buchstäblich vor dem Zusammenbruch. Es muß dem Vermieter möglich sein, dem Marktpreis gemäß zu vermieten, sonst fällt jede Möglichkeit der Wartung und Modernisierung der Häuser weg. Auswüchse an Spekulationen sollten natürlich beobachtet und ggf. unterbunden werden. Dazu gehört auch die Förderung staatlich-öffentlicher Wohnungsbaugesellschaften.

18) Was ist ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn sie könnten?

Nichts auf der Welt ist bekanntlich kostenlos und schon jetzt werden die Tickets für den Nahverkehr sehr stark subventioniert. Nach meiner - auch eigenen - Erfahrung liegt es nicht am Preis, wenn wenig ÖPNV genutzt wird, sondern am enormen Zeitverlust. Was mit dem Auto eine Fahrt von 30-40 Minuten ist, kostet mit dem ÖPNV locker den ganzen Vormittag. Natürlich kann man da noch besser takten, und die Möglichkeiten zur Mitnahme von Fahrrädern und E-Rollern erweitern, damit man auch dort weiterkommt, wo der ÖPNV endet. - Letztlich ist der Individualverkehr immer bequemer und schneller, man muß ihn also für die Zukunft effizienter machen, etwa durch wasserstoffgetriebene Fahrzeuge. Das batteriegetriebene E-Auto halte ich für eine technologische Sackgasse und auch unter CO2-Aspekten für äußerst fragwürdig, was allein der Aufwand für die Batterieproduktion zeigt. - Persönlich nutze ich gern die S-Bahn zwischen KL und Heidelberg, da könnte man z.B. besser takten. Eine große Herausforderung für die Region wird ja der Bau einer Bahnlinie für den Frachtverkehr von der Schweiz in Richtung Niederlande. Die sollte eigentlich schon fertig sein, ist auf Schweizer Seite auch schon fertig, während für die Bundesrepublik eine Fertigstellung für ca. 2040 anvisiert wird. Da könnte etwas Zauber nicht schaden.

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Die EU ist auf ihrer Entscheidungsebene weder demokratisch legitimiert, noch unterliegt sie der Kontrolle eines Parlaments. In keinem Fall darf sie die Verfügung über militärische Mittel erhalten. Grundsätzlich sollte es ein enges Verteidigungsbündnis der europäischen Staaten geben, das Europa ggf. auch verteidigen kann. Das gibt es ja im Rahmen der NATO auch, wenn auch nur mit Einschränkung autonom europäisch, sondern transatlantisch. - Die USA ihrerseits sind natürlich nicht nur "Beschützer", sondern auch Beherrscher Europas und würden eine solche autonome Entwicklung dort eher mit Skepsis sehen. Sie werden ihre privilegierte Rolle als Vormacht in Europa kaum freiwillig aufgeben, insofern stellt sich diese Frage nach dem Abschied des Beschützers nicht, oder nur dann, wenn man die USA bewußt aus Europa herausdrängen wollte.

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Besonders wichtig sind immer die Beziehungen zu den Nachbarstaaten in Europa, besonders zu Frankreich und Polen, aber auch zum übrigen Europa. Weltpolitisch wird man sich am besten weiter an die USA anlehnen, aber auch zu China und anderen aufkommenden Mächten wie Indien gute - aber auch ehrliche und manchmal konfliktgeladene - Beziehungen haben. - Ein Problem stellt Rußland dar, dessen Präsident am liebsten den Zerfall der Sowjetunion rückgängig machen würde und das daher eine Bedrohung der Unabhängigkeit von Staaten wie der Ukraine, Weißrußland und den baltischen Ländern ist. So lange Rußland diese Politik nicht aufgibt, ist es das Hauptproblem in Europa.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Vieles wurde oben ja angesprochen. Die drei Themenfelder Wirtschaft (Euro, Finanzmarkt), Energie (Herstellung einer grundlastfähigen Stromversorgung) und Zuwanderung (Herstellung einer Einwanderungs und Integrationspolitik, die die bisherige Politik der Desintegration ablöst) scheinen mir die wichtigsten zu sein.

4. Michael Goldschmidt, FDP

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Seit meinem 16ten Lebensjahr habe ich mich für Politik interessiert. Außer einer 2 jährigen Mitgliedschaft in der FDP vom 16ten bis 18ten Lebensjahr war ich durch ständige Umzüge beruflich bedingt immer unterwegs und konnte mich nicht wirklich einbringen. Erst Anfang 2016, nachdem wir in Limburgerhof gebaut hatten, trat ich wieder in die FDP ein.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

Nein, ich bin nicht zufrieden. Angefangen von der unkontrollierten Einwanderung und die damit einhergehende Nichtbeachtung unserer Gesetze, über eine falsche Investitionspolitik, die die Themen Digitalisierung, Bildung, Verkehrsinfrastruktur, Energieerzeugung nicht wirklich voran brachte, bis zur autokratischen Behandlung der Corona Pandemie, gab es viele unzufrieden stellende Maßnahmen.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Mein größtes politisches Anliegen ist die Durchdringung der Digitalisierung in allen Bereichen unserer Gesellschaft. Durch den Aufbau eines flächendeckenden digitalen Netzes (Glasfaser) legen wir den Grundstein. Dann können Anwendungen darauf aufbauen für Bildung, Klimaschutz, Umweltschutz, Innovationen für Unternehmen und Gesundheit etc.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Durch die Einführung von CO₂ Zertifikaten für fossil basierte Energien und Produkte, werden mit der Zeit CO₂ minimierte Erzeugnisse, z.B. erneuerbare Energien preiswerter und damit sinnvoller herzustellen. Innovationen und Techniken, die besonders gefördert werden müssen, sollen die Herstellung und Nutzung CO₂ einsparender Produkte beschleunigen. Insbesondere vor dem aktuellen Ziel des Weltklimarats bereits bis 2030 die Erderwärmung auf 1,5% zu stoppen, müssen unterstützende Projekte schneller genehmigt werden (anstatt 3-5 Jahre dann in 9 Monaten), um eine schnellere Aktivierung von CO₂ Einsparungen zu realisieren. Unterstützt werden muss das durch digitale Anwendungen. Bei allen Maßnahmen müssen wir aber den Erhalt unserer Arbeitsplätze und unsere Freiheit beachten.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben) ?

Durch immer teurer werdende CO₂ Zertifikate die die Nutzung fossil basierter Techniken unrentabel machen.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Wenn es nicht gelingt im gleichen Maße Stromerzeuger für erneuerbare Energien zu installieren, wie der Abbau von Stromerzeugern auf fossiler Basis voranschreitet, dann entsteht eine Versorgungslücke. Um die Nutzung aller möglichen Regionen zu gewährleisten ist es dringend notwendig unser Stromnetz auszubauen und mit Stromspeichern zu flexibilisieren (nicht immer scheint die Sonne oder weht der Wind). Zuviel erzeugter Strom kann dann gespeichert werden und bei Bedarf ins Netz eingespeist werden. Die Investition in ein starkes Stromnetz ist eine dringende Basisaufgabe. Wenn wir das nicht hinkommen,

werden wir Ziele wie z.B. 15 Mio. E-Autos nicht erreichen, weil sie nicht geladen werden können. Für neue Techniken benötigt unsere Energie bis zu 300% mehr Strom als heute. Wir müssen somit auch unsere heutige Stromerzeugung noch steigern. In RLP z.B. würden 2% der Fläche für Photovoltaikanlagen reichen. Aber wo stellt man sie auf, wenn man nicht dafür Natur zerstören oder Ackerland aufgeben will? Und die Aufstellung auch nicht „vor der Haustür“ umgesetzt werden soll? Hier kann eine europäische Energiestrategie Abhilfe schaffen.

7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden?

Wir müssen die soziale Marktwirtschaft wieder aufleben lassen. Sie ist der Garant, dass sowohl Unternehmen als auch die Mitarbeiter beiderseitig einen Gewinn haben. Grundlage dafür ist ein starkes Bildungssystem, welches die Talente unterstützt und nicht einem starren Lehrplan folgt. Eine weitere Grundlage ist die Durchdringung der Digitalisierung, z.B. auch bei den Verwaltungen, die damit schneller reagieren und Projekte schneller entscheiden können (Bürokratieabbau). Letztendlich geht das nur noch mit einem vereinten starken Europa. Die einzelnen europäischen Länder sind zu klein und nicht wirtschaftsstarke genug, um sich gegen andere Starke Wirtschaftsmächte zu behaupten, z.B. China, USA, Russland, Indien. Grundlage dafür ist ein gemeinsames Verkehrsnetz, Datennetz, Energienetz und eine abgestimmte Bildung.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Eine „Reichensteuer“ ist unserer Meinung nach ein falsches Instrument. Zahlen doch heute schon 10% der Bürger und Bürgerinnen fast 50% des Steueraufkommens. Wir möchten eine Steuerreform mit Steuersenkungen für alle Einkommenshöhen. Die Bürger und Bürgerinnen haben dann mehr für den Konsum übrig und die Unternehmen können sich durch mehr Investitionen wettbewerbsfähig halten und Arbeitsplätze sichern oder sogar schaffen. Durch den höheren Konsum erhöht sich die Einnahme der Mehrwertsteuer. Durch höhere Umsätze der Unternehmen erhöht sich die Gewerbesteuer. Durch mehr Arbeitsplätze erhöht sich die Einkommensteuer.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Die wirtschaftlichen Maßnahmen waren hilfreich. Fraglich ist, ob nach der Pandemie noch alles so wieder sein wird, wie vor der Pandemie. Eine mögliche Welle an Insolvenzen wird auf einen Schlag viele Arbeitsplätze vernichten.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

In der Pandemie haben wir gelernt, dass wir die Digitalisierung in der Bildung unbedingt benötigen. Jedoch eine Digitalisierung, die nicht nur die Bereitstellung von IT Equipment darunter versteht. Wir benötigen ein umfassendes Konzept mit einem abgestimmten digitalen Lehrplan, ausgebildeten Lehrern, ein Wartungskonzept und Budget für Wiederbeschaffungen kaputter Endgeräte. Mit der digitalen Schule wird auch ein wichtiger Lernfaktor des Selbststudiums, der Selbstorganisation und der Selbstverantwortung unterstützt, der alle Bürgerinnen und Bürger ein Leben lang begleiten wird. Wir werden unser Leben lang lernen müssen, um unsere Arbeitsplätze ausfüllen zu können oder unsere Interessen zu leben. Insbesondere die Zeit des Homeoffice hat gezeigt, dass das Arbeiten ein wichtiger Faktor in unserem privaten Bereich wird. Die Schule kann mit digital gestützten Lernmethoden eine hervorragende Basis für das Leben als Erwachsener bieten. Nur allein „digital“ geht nicht. Wir benötigen den Kontakt zu unseren Mitmenschen. Wie es in einer digitalen Arbeitswelt immer wieder zu Terminen kommt, wo man sich persönlich trifft, wird auch die Schule auf solche Präsenztermine nicht verzichten können.

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Meine Frage ist, was ist das Ziel? Hat Deutschland durch die verlorene Lernzeit ein größeres Wissensdefizit als andere Länder? Wird unsere schulische Ausbildung dadurch weniger Wert oder hoch sein, als die von anderen Nationen? Ist es immer noch möglich auf Basis des Wissens eine Lehre oder ein Studium anzufangen? Hatten wir nicht schon vor der Pandemie ein schulisches Ausbildungsdefizit? Meine persönliche Erfahrung zeigte mir, dass 13 Jahre sinnvoller sind, als 12 Jahre. Der gleiche Lernstoff in 12 Jahren zu bewältigen, heißt mehr Stress und Druck für die Schüler und Lehrer.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Erlauben Sie mir zwischen körperlich und geistig zu trennen. Die Integration von körperlich eingeschränkten Kindern in den normalen Schulbetrieb halte ich für wichtig, um diesen Schülern unsere Wertschätzung zu geben und den nicht eingeschränkten Kindern zu zeigen, dass es auch Menschen gibt, die unsere Unterstützung benötigen. Die Integration von geistig eingeschränkten Kindern ist erstmal eine Frage wo den geistig eingeschränkt anfängt und wo lernschwach aufhört. Es ist meiner Meinung nach sowohl für geistig eingeschränkte Schüler als auch für normale Schüler eine große Herausforderung sie zu integrieren. Sind doch geistig eingeschränkte Menschen in Behindertenwerkstätten gut aufgehoben. Als Erwachsene können sie auch nicht in unseren Unternehmen integriert werden. Kernfrage ist damit wo geistig eingeschränkt anfängt und wer das definieren soll.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

In meiner Erinnerung hatte ich beim Wechsel von der staatlichen Krankenkasse zur privaten Krankenkasse keinen Unterschied festgestellt, außer, dass ich für die private Krankenkasse mehr bezahlen musste. Leider konnte und kann ich nicht mehr zurück. Aber vielleicht ist der Unterschied ja in den letzten 25 Jahren deutlicher geworden. Ich denke wir leben in einer freien Welt wo man angebotene Dienstleistungen und Waren kaufen kann oder nicht. Wer sich eine private Krankenkasse mit vermeintlichen Vorteilen leisten kann, soll sie auch in Anspruch nehmen. Diese Kritik verstehe ich nicht. Skodafahrer fordern ja auch nicht eine Preissenkung oder Eliminierung von VW Autos, weil diese teurer und etwas besser sein sollen.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Ja, kann er. Es muss jedoch die Datensicherheit gewährleistet werden. Viele Innovationen heute scheitern an der DSGVO. Es ist aber auch nicht der richtige Weg die Forderungen abzuschaffen, sondern Techniken zu erfinden, die die Nutzung sicher machen. Hier benötigen wir viel mehr Ausbildung, Förderung und Innovation.

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Wir werden immer in einem demographischen Wandel leben. Vielleicht kommt auch wieder eine Zeit in der wir mehr jüngere Menschen haben als Ältere. Die Bundesregierung hat versucht den demographischen Wandel mit unkontrollierter Einwanderung zu begegnen. Wie wir es aber schon kennen, benötigt man mindestens 2 Generationen damit sich die Kindeskindern voll integriert sehen. Bis dahin verschärft es unsere Probleme im Zusammenleben. 2 Generationen sind zu lange, um auf die heutigen Herausforderungen reagieren zu können. Wichtigstes Thema ist aktuell die Rentensicherung. Wie schaffen wir es, dass wenig Zahler viele Bezieher unterhalten können? Das geht nicht. Eine Erhöhung der Rentenversicherung schafft mehr Kosten. Wir müssen somit das vorhandene Geld anders verwalten, um mehr Rendite zu bekommen. Eine mögliche Lösung wäre von den 18,6% Rentenversicherung 2 % zu nehmen und in einen stattlich verwalteten Aktienfonds zu stecken. So etwas wird schon in den Nordeuropäischen Staaten erfolgreich umgesetzt.

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?

Jeder hat die Freiheit sein Leben zu gestalten, wie er es möchte. Damit muss auch jeder die Verantwortung übernehmen und den Preis bezahlen wenn eine Fehlentscheidung getroffen wurde. Abtreibung ja, es aber auch gibt Alternativen, über die ordentlich aufgeklärt werden muss. Was soll es für Gründe geben Kinder nicht in gleichgeschlechtlichen Haushalten aufwachsen zu lassen? Eine gesellschaftliche Ethik?

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietenbremse /Mietendeckels?

Damit wird keine einzige neue Wohnung gebaut. Wenn dem Immobilienbesitzer nicht genügend Kapital zur Verfügung steht, wird er nicht in neuen Wohnraum reinvestieren. Es ist sogar fraglich, ob der Erhalt bestehenden Wohnraums nicht leidet. Besser finde ich Fördergelder für sozialer Wohnraumschaffung oder bessere Abschreibungsmöglichkeiten.

18) Was ist ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn sie könnten?

Ein Anreiz den ÖPNV zu nutzen, wird eine gute Anbindung zwischen Start- und Zielpunkten sein und eine bessere Integration der verschiedenen Verkehrsträger (Zusammenspiel zwischen Bus und Bahn). Es ist unattraktiv, wenn ein Weg mit ÖPNV 2 Stunden dauert, den man mit einem Individualtransport in 20 Minuten bewältigen kann. Erst wenn der ÖPNV attraktiv ist, wird er mehr genutzt. Nicht weil er nichts kostet oder billig ist. Um das herzustellen, brauchen wir Investitionen in die ÖPNV. Interessant wird hierbei die Innovation der selbstfahrenden Fahrzeuge. Es ist jetzt im Versuchsstadium. In 50 Jahren haben wir es flächendeckend. Die Beschaffung einer neuen Straßenbahn dauert zurzeit 12 Jahre. Herbeizaubern möchte ich eine bessere Anbindung unseres ländlichen Raums an die Zentren mit ihren Arbeitsplätzen.

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Wir können uns nicht mehr auf die USA als „Beschützer“ verlassen. Mit Trump haben wir erlebt, wie das laufen kann. Wir müssen Europa auf eigene Beine stellen. Dazu gehört eine gemeinsame Verteidigungsarmee Europa, die als gleichberechtigter Partner in die NATO eingebunden ist. Wir benötigen dazu eine Stärke, die es uns erlaubt nein zu sagen, wenn wir unsinnige Einsätze ablehnen wollen.

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Wir werden mit China die meisten Probleme bekommen. China ist jedoch auch einer unserer stärksten Handelspartner. Doch die politische Struktur in China lässt jede Investition dort zu einem risikoreichen Wagnis werden. Mit ihrer aggressiven Wirtschaftspolitik hat China zum Beispiel schon die meisten Vorkommen seltener Erden in ihrem Zugriff. Wir werden von China zukünftig sehr abhängig sein, aber China nicht von uns.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Erhöhung der Wertschätzung für systemrelevante Berufe, z.B. Pflegepersonal, Feuerwehr, Polizei, Lehrkräfte, Landwirte, Arbeiter

Sicherung der Renten

Erneuerung der Energieerzeugung und -netze,

Ausbreitung eines schnellen Glasfasernetzes,

Aufrechterhaltung der Nutzungsbereitschaft unserer Verkehrsinfrastruktur,

Erneuerung des Bildungswesens durch Modernisierung wie wir lernen, wie wir gefördert werden, wie wir auf das Leben vorbereitet werden können

5. Dr. Liborio Ciccarello, Linke

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Im Rahmen des Soziakundeunterrichts in der 9. Klasse wurde ich das erste Mal ernsthaft mit politischen Fragen konfrontiert. hier kristallisierte sich rasch meine Präferenz für linke Antworten heraus.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

Nein.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Umweltpolitik und Integrationspolitik.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Wir brauchen eine andere Wirtschaftsform, eine die sich an den Bedürfnissen der Menschen orientiert statt an den Profiten der Unternehmen. Ein grüner Kapitalismus doktert nur an den Symptomen rum, wir brauchen indes eine bedürfnisorientierte Wirtschaftsform. Wir müssen nicht jeden Unsinn produzieren und so unnötig die Umwelt belasten, sondern nur was wir wirklich brauchen.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben) ?

Ja, durch Steuern sollte hier entsprechend gesteuert werden.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Einerseits durch mehr erneuerbare Energien, aber andererseits durch weniger Energiekonsum, d. h. mittels einer bedürfnisorientierten statt gewinnorientierten Wirtschaftsform.

7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden?

Mittels Einnahme einer Vorreiterrolle in der sozialökologischen Wende.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Die Wiedereinführung der Vermögenssteuer ist erforderlich. DIE LINKE spricht sich herbei für eine Millionärssteuer von 5 % ein.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Während Konzernen großzügig geholfen wurde, sind gerade die ärmeren Menschen hier im Regen gelassen worden.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

Als Dozent an der PH Karlsruhe weiß ich, dass LehrerInnen unersetzbar sind und einfach besser als Computer. Dennoch muss in diesem Bereich noch eine Menge investiert werden. Allerdings mit Bedacht, denn Digitalisierung ist nur wohl dosiert eingesetzt gut.

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Ja.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Hier sollten inklusive Maßnahmen weiterhin gefördert werden.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

Ja, ich teile diese Auffassung. Wir bräuchten hier eine Bürgerversicherung, in der alle einzahlen.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Vielleicht.

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Wir brauchen eine Rentenversicherung, in der alle einzahlen. Zudem müssen im Zentrum der Arbeit nicht die Profite stehen, sondern die Bedürfnisse der Mitmenschen: Es ist genug da, es muss nur besser verteilt werden!

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Ja, frau sollte abtreiben dürfen. Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen? Ja.

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietbremse /Mietendeckels? Ein bundesweiter Mietendeckel ist unbedingt erforderlich. Nieand sollte mehr als 1/3 seines Einkommens für die Miete ausgeben müssen, was aktuell leider allzu oft der Fall ist.

18) Was ist ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn sie könnten?

wir brauchen einen kosenlosen ÖPNV. Das wäre ein wichtiger Schritt in Richtung sozialökologische Wende. Die Autoindustrie aber stemmt sich dagegen.

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Die USA haben sich stets als Beschützer ausgegeben, aber letztlich ihre Interessen vertreten. Wir sollten uns von der USA emanzipieren, wenn wir nicht ständig, in unnötigen Kriege verwickelt werden möchten, die mehr Probleme als lösungen nach sich ziehen (s. Afghanistan).

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit Russland und China. Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Mit en USA.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Sie sollte sich vor allem dem Bereich Umwelt widmen. ein grüner Kapitalismus aber, nach dem Motto "Weiterhin mehr, nur anders als bisher" wird in eine Sackgasse führen. Wir brauchen indes eine echte sozialökologische Wende, die nur mittels einer bedürfnisorientierten Wirtschaftsform bewerkstelligbar ist und die sich traut zu sagen "Weniger ist manchmal mehr!"

6. Armin Grau, Grüne

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Ich bin v.a. durch mein Elternhaus früh in meinem Leben politisiert worden; die Bundestagswahl 1972, die Willy Brandt nach großen Anfeindungen gewonnen hat, habe ich in intensiver Erinnerung. Damals wurde in der Schule bei uns auch viel diskutiert, z.T. wurde der Unterricht umfunktioniert. Willy Brandt war damals mein erstes politisches Vorbild; seine friedensstiftende Aussöhnungspolitik mit den osteuropäischen Nachbarn, die Mitbestimmung in den Betrieben und v.a. seine Bildungsförderung mit dem BaFöG waren für mich Meilensteine. Leider hat sich seine Partei später aus meiner Sicht nicht in die richtige Richtung entwickelt und ich bin 1984 bei den GRÜNEN eingetreten. Ich habe zuerst Politikwissenschaft und Germanistik studiert und später Medizin und bin seit 2008 in Rheinland-Pfalz bei den GRÜNEN aktiv.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

Nein, überhaupt nicht. Nicht nur in den letzten vier, sondern in den ganzen letzten 16 Jahren wurde der Klimaerhitzung nicht Rechnung getragen, der Ausbau der erneuerbaren Energien wurde ausgebremst, Umweltschutz wurde vernachlässigt und der Unterschied zwischen Arm und Reich wurde größer. Wir müssen zum Erhalt unserer Erde jetzt ganz dringend umsteuern.

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Klima- und Umweltschutz sind gemeinsam die Themen Nr.1; hinter diese großen Aufgaben treten alle anderen Themen zurück. Wir wollen unseren Wohlstand erhalten, können das aber nur mit konsequenter klima- und umweltgerechter Politik erreichen.

Meine eigenen politischen Schwerpunkte sind Gesundheits-, Pflege und Sozialpolitik. Ich trete ein für einen raschen Ausbau des öffentlichen Gesundheitsdiensts, auch zur besseren Bekämpfung von Pandemien und setze mich ein gegen die Kommerzialisierung im Gesundheitswesen. Alle Menschen sollen die gesundheitliche Versorgung bekommen, die sie brauchen und nicht das was sich z.B. für Krankenhäuser lohnt. Ich setze mich dafür ein, dass in Krankenhäusern und Pflegeheimen ausreichend Personal eingesetzt werden muss und damit gute Pflege gewährleistet wird, dass Pflegepersonal besser bezahlt wird und die Pflegekräfte mehr mitbestimmen können. So können wir Pflegekräfte, die ihren schönen Beruf verlassen haben, wieder zurückholen. Ich setze mich ein für mehr soziale Gerechtigkeit. Das beinhaltet u.a. eine Kindergrundsicherung, die Kindern mehr Chancengleichheit gibt, eine Abschaffung von Hartz IV und eine neue Grundsicherung ohne Sanktionen und mit höheren Regelsätzen und höhere gesetzliche Renten sowie eine gute Grundrente gegen Altersarmut.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Zur Bekämpfung des Klimawandels dürfen wir nicht nur Ziele benennen, wie es die derzeitige Bundesregierung macht, sondern wir brauchen ganz konkrete Maßnahmen. Wir müssen ganz kurzfristig die 20 schmutzigsten Kohlekraftwerke abstellen, den Ausstieg aus der Kohle und aus dem Verbrennungsmotor bis 2030 gewährleisten, den Ausbau der erneuerbaren Energien zügig vorantreiben und die Übertragungsnetze für Strom zügig ausbauen. Wir müssen die Elektromobilität ausbauen und für eine gute Ladeinfrastruktur sorgen. Eine Wasserstoffstrategie muss zügig umgesetzt werden; dabei muss Grüner Wasserstoff, der durch Elektrolyse von Wasser mit Strom aus erneuerbaren Energien gewonnen wird, im Mittelpunkt stehen; dazu werden wir auch Wasserstoff aus sonnenreichen Ländern importieren müssen. Wir brauchen eine Wärmewende mit Nah- und Fernwärmenetzen aus erneuerbaren Energien und mit der Verbreitung von Wärmepumpen, die mit Strom aus Erneuerbaren gespeist werden.

Klimaneutralität müssen wir bis spätestens 2040 erreichen. Die Maßnahmen müssen sozial gerecht erfolgen; dafür setzen wir GRÜNEN auf das Energiegeld, das Bürger*innen aller Altersgruppen mit einem gleichem Betrag erhalten und das sich aus den Einnahmen des CO₂-Preises speist.

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durchentsprechende Steuern/ Abgaben)?

Insgesamt setzen wir GRÜNE auf einen klugen Mix aus CO₂-Preisen, Anreizen und Förderung sowie Ordnungsrecht, d.h. Vorschriften und Standards, die die Unternehmen einhalten müssen. Es ist ganz wichtig, dass sich der ökologische Fußabdruck der Unternehmen auch finanziell widerspiegelt; dazu trägt der CO₂-Preis bei, den wir GRÜNE konsequent und sukzessive erhöhen wollen, eine Erhöhung von jetzt 25 € wollen wir schon f2023 auf 60€ vorziehen. Wie oben schon geschrieben, wollen wir sämtliche Einnahmen aus dem CO₂-Preis an die Menschen zurückgeben. Ohne uns GRÜNE wäre der aktuelle CO₂-Preis noch niedriger ausgefallen. Außerdem wollen wir die Zertifikate im Europäischen Emissionshandel reduzieren, um sie teurer zu machen.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Energiesicherheit kann nur gewährleistet werden durch einen ganz zügigen Ausbau der Erneuerbaren Energien und der Versorgungsleitungen von Nord nach Süd. Wir streben einen jährlichen Ausbau von Windkraftanlagen an Land von 5-6 Gigawatt an und auf See wollen wir bis 2035 35 Gigawatt erreichen. In den nächsten 4 Jahren sollen 1 Million neue Solardächer entstehen. Bürokratische Hemmnisse müssen abgebaut werden. So erreichen wir Versorgungssicherheit und Klimaneutralität.

7) Wie könnte die Zukunftsfähigkeit der deutschen / europäischen Wirtschaft gewährleistet werden? Wie der Wohlstand unserer Gesellschaft gesichert werden?

Wir können gemeinsamen klimaneutralen Wohlstand schaffen und die Arbeitsplätze in Deutschland und Europa erhalten. Dazu müssen wir den ökologischen Wandel jetzt rasch vorantreiben, ihn sozial gestalten und unsere technologische Vorreiterrolle auf vielen Gebieten ausnutzen. Das ist in der Vergangenheit leider nicht geschehen, z.B. hat die Regierung Merkel die deutsche Photovoltaik-Industrie kaputt gehen lassen. Ein wichtiges Instrument sind die sogenannten Klimaverträge, mit denen die Differenz zwischen dem aktuellen CO₂-Preis und den tatsächlichen Vermeidungskosten vom Staat auf einige Jahre hinaus ausgeglichen werden.

So schützen wir unsere Arbeitsplätze trotz einer CO₂-Reduktionsstrategie und erhalten unseren Wohlstand.

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Ich bin für eine Anhebung der Steuersätze für sehr reiche Menschen.

Wir GRÜNE planen, den Spitzensteuersatz ab einem Einkommen von 250.000 (Alleinstehende) bzw. 500.000 € (Verheiratete) auf 48% erhöhen. Das ist ein gerechtes und moderates Vorgehen. Früher, etwa in der Zeit Helmut Kohls, war der Spitzensteuersatz mit 56% noch deutlich höher.

Ich bin auch dafür, die Vermögenssteuer mit ausreichenden Freibeträgen v.a. für Betriebe wieder einzuführen.

Ab einem Vermögen von über 2 Millionen € wollen wir GRÜNE eine Vermögenssteuer von 1% /Jahr einführen. Die Einnahmen gehen an die Bundesländer, die sie vollständig für eine Verbesserung der Bildung einsetzen sollen. Gute Bildung ist unser Reichtum in Deutschland, dort müssen wir viel mehr investieren als bisher.

Die Steuerpolitik der letzten Jahre hat die Unterschiede zwischen Arm und Reich größer werden lassen, da müssen wir jetzt umsteuern.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen waren unzureichend, insbesondere Kleinunternehmer und Soloselbständige wurden viel zu spät und berücksichtigt. Wer Hilfsmaßnahmen für den eigenen Lebensunterhalt gebraucht hat, einfach weil das eigene Einkommen aus selbständiger

Tätigkeit wegbrach, ging leer aus und wurde auf Hartz IV verwiesen. Außerdem waren die Maßnahmen häufig sehr bürokratisch, viele Gelder wurden nie abgerufen.

10) Wie stehen Sie zur aktuellen Bildungspolitik, gerade im Hinblick auf die Digitalisierung? Wie viel Digitalisierung braucht die Schule? Wie viel „Bildschirm“ verträgt die Schule?

Digitale Medien sind heute aus dem Unterricht nicht mehr wegzudenken; Deutschland hat da im internationalen Vergleich viel nachzuholen.

Digitale Unterrichtsformate dürfen jedoch die unmittelbare Kommunikation zwischen Lehrer*innen und Schüler*innen und unter den Schüler*innen und unmittelbare Anschauung gerade auch draußen in der Natur nicht ersetzen.

11) Was für Maßnahmen seitens der Politik wären sinnvoll, um ggf. durch den Fernunterricht entstandene Defizite auszugleichen? Wäre eine Rückkehr zu vollen 13 Jahren am Gymnasium ein denkbarer Weg?

Zusätzliche Unterrichtsangebote zum Nachholen von in Corona Versäumtem halte ich für sehr

wichtig; v.a. diejenigen, die mangels Zugangsmöglichkeiten zu digitalen Medien Nachteile erlitten haben, sollten diese Angebote bekommen.

Ich habe 13 Schuljahre absolviert und war nie ein Freund von G8. Corona alleine sollte jetzt nicht Anlass zum Umsteuern sein. Ich bin aber für eine Wahlfreiheit der Schüler*innen zwischen G8 und G9.

12) Was für Möglichkeiten sehen Sie, um körperlich und geistlich eingeschränkte Kinder zu fördern?

Ich bin für inklusiven Unterricht, d.h. ein gemeinsames Lernen von eingeschränkten und nichteingeschränkten Kindern. In Klassen mit Kindern mit Einschränkungen muss es so viele zusätzliche Lehrkräfte geben, dass dem zusätzlichen Förderbedarf Rechnung getragen werden kann.

13) Oft wird hinsichtlich des deutschen Gesundheitswesens von einem „Zwei-Klassen“-System

gesprochen. Teilen Sie diese Auffassung? Was müsste sich hier ggf. ändern?

Ich bin selbst Arzt und arbeite seit 34 Jahren im Krankenhaus, davon seit über 18 Jahren in leitender Position. Ja, es gibt unterschiedliche Zugangswege und Chancen für privat- und für nichtprivatversicherte Bürger*innen. Dabei haben Privatversicherte meist, aber längst nicht immer Vorteile. Nicht selten werden bessere Abrechnungsmöglichkeiten bei Privatversicherten auch ausgenutzt. Ich bin seit Jahrzehnten dafür, eine gemeinsame Versicherung für Alle anzubieten, eine Bürgerversicherung, in die alle Bürger*innen nach allen ihren Einkommensquellen einzahlen und keine Selektion nach Versicherungsrisiken erfolgen darf wie aktuell in der privaten Krankenversicherung. Diese Versicherung soll nach einheitlichen Regeln durchaus von verschiedenen Unternehmen angeboten werden können, den gesetzlichen Krankenkassen und den privaten Versicherungen. Die Bürgerversicherung ist keine Einheitsversicherung und darf es (u.a. aus verfassungsrechtlichen Gründen) auch nicht sein.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

Der digitale Impfausweis ist ein Schritt hin zu einem stärker digitalisierten Gesundheitswesen. Wie bei den Schulen hat Deutschland auch bei der Digitalisierung im Gesundheitswesen großen Nachholbedarf.

15) Mit welchen Maßnahmen wollen Sie auf die Herausforderungen des demographischen Wandels reagieren?

Durch den demografischen Wandel wird in den kommenden 15 Jahren die Zahl der Menschen im erwerbsfähigen Alter um 6 Millionen schrumpfen. Der Arbeits- und Fachkräftemangel wird sich verstärken. Dem wollen wir GRÜNE entgegenwirken. Wir wollen keine Potenziale mehr ungenutzt lassen: Hürden, die Frauen, Älteren, Menschen mit Behinderungen, Jugendlichen aus einkommensarmen Elternhäusern oder Menschen mit Migrationsgeschichte oft noch im Weg stehen, wollen wir abbauen. Wir investieren mehr in berufliche und berufsbegleitende Bildung.

Der Meisterbrief soll wie ein Studium kostenfrei werden. Einwanderung in unser Land erleichtern wir mit der Einführung einer Talentkarte und einer schnelleren Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse, auch wechselseitig in der EU. Geflüchtete sollen die Möglichkeit zum Spurwechsel bekommen, der ihnen während Ausbildung, Studium und Arbeit mehr Rechtssicherheit und damit eine berufliche Perspektive in Deutschland ermöglicht. Wir unterstützen Betriebe, die Geflüchteten und Einwander*innen eine Chance auf Ausbildung und Beschäftigung geben, bei Bedarf durch Qualifizierung, Beratung und Begleitung.

16) Wie stehen Sie zum Thema Abtreibung? Sollten gleichgeschlechtliche Paare Kinder adoptieren dürfen?

Jeder Frau muss es offen stehen, im Rahmen der gesetzlichen Regelungen ein Kind austragen zu wollen oder nicht. Ja, auch gleichgeschlechtliche Paare sollten Kinder adoptieren können.

17) Welche Meinung vertreten Sie bezüglich einer erweiterten Mietbremse /Mietendeckels? Wohnen ist ein Grundrecht; viele Menschen geben einen immer größeren Anteil ihres Einkommens für ihre Wohnung aus, viele können sich ihre Mieten nicht mehr leisten. Ich und meine Partei stehen für faire und bezahlbare Mieten und starke Rechte für Mieter*innen. Konkret wollen wir GRÜNE Mietobergrenzen im Bestand mit einem Bundesgesetz ermöglichen und die Mietpreisbremse entfristen und nachschärfen. Reguläre Mieterhöhungen sollen auf 2,5 Prozent im Jahr innerhalb des Mietspiegels begrenzt werden. Dazu wollen wir qualifizierte Mietspiegel stärken, verbreiten und rechtssicher ausgestalten.

18) Was ist Ihrer Meinung nach das Hindernis für einen günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen Sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden Sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn Sie könnten?

Ein kostengünstiger öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) ist gerade im Rahmen von Klimaschutz und Mobilitätswende ein wichtiges Ziel. Haupthindernis sind die Kosten, aber

auch der oft fehlende politische Wille der anderen Parteien. Wir GRÜNE treten in RheinlandPfalz für ein 365€-Ticket für Schüler*innen, Azubis und Freiwilligendienstleistende ein. Das kann die Mobilität junger Menschen entscheidend verbessern, den Öffentlichen Nahverkehr stärken und einen wichtigen Beitrag zu mehr Klimaschutz und Nachhaltigkeit im Verkehrssektor leisten. Ein solches 365€-Ticket muss vom Land gefördert werden. Mit einem aktuellen Gutachten können wir zeigen, dass die Kosten für das Land geringer sind, als bisher angenommen. Nach einer erfolgreichen Einführung sollte eine Ausweitung auf weitere Personengruppen, zum Beispiel Senior*innen, unbedingt geprüft werden.

Die Zukunft der Mobilität muss auf eine gute Vernetzung der Angebote (z.B. kostenlose Radmitnahme zu allen Tageszeiten, gute Radabstellmöglichkeiten an allen Haltestellen,..), auf moderne, möglichst klimaneutrale Antriebsformen (E-Mobilität, wasserstoffbetriebene Busse,..), auf „Sharing-“, und Mietmodelle (z.B. E-car-sharing,..), einen Ausbau des ÖPNV und der Radwege setzen. Ich fahre täglich mit dem Rad zur Arbeit und finde es besonders wichtig, dass die Verkehrssicherheit für Fußgänger und Radfahrer durch einen Ausbau von Rad- und Fußgängerwegen erhöht wird.

Zaubern kann ich zwar nicht, aber ich trete für die folgenden zusätzlichen Straßenbahnlinien ein: Ludwigshafen – Frankenthal, Ludwigshafen – Dannstadt, Ludwigshafen – Neuhofen

19) Sollte man sich weiterhin auf die USA als „Beschützer“ verlassen, oder sollte man der EU mehr (militärische) Stärke verleihen? Wie könnte dies aussehen und was wäre die Rolle Deutschlands hierbei?

Die transatlantische Partnerschaft mit den USA bleibt ein Stützpfeiler der deutschen Außenpolitik, sie muss aber erneuert, europäisch gefasst, multilateral und an klaren gemeinsamen Werten und demokratischen Zielen ausgerichtet werden. Als Kern einer erneuerten transatlantischen Agenda der EU wollen wir GRÜNE einen gemeinsamen starken Impuls für die weltweite Klimapolitik, ausgehend von den Pariser Klimazielen, geben. Sicherheitspolitik darf nicht auf militärische Stärke reduziert werden, insbesondere darf es kein starres Ziel geben, 2% des Bruttosozialprodukts für Rüstung auszugeben. Unser Sicherheitskonzept setzt primär auf Multilateralismus und Diplomatie. Erhöhte Rüstungsausgaben bringen nicht mehr Sicherheit und kosten Geld, das an anderen Stellen, z.B. Bildung und Gesundheit fehlt.

20) Mit welchen Ländern werden außenpolitische Beziehungen in Zukunft besonders wichtig sein? Mit welchen Staaten wird Deutschland / die EU Probleme haben?

Die europäische Zusammenarbeit und die Partnerschaft mit den USA sind zweifelsohne von besonderer Bedeutung. Wichtig wird es sein, die aktuellen Probleme mit Ländern wie China, Russland, der Türkei oder Brasilien auf diplomatischem Weg und unter Beachtung klima- und menschenrechtspolitischer Ziele zu lösen.

21) Beschreiben Sie die wichtigsten Probleme, denen sich die deutsche Politik in einem Zeithorizont von fünf bis zehn Jahren annehmen sollte.

Die wichtigsten Problem sind der Klimaschutz, der Umweltschutz und die Verringerung der Unterschiede zwischen Reich und Arm im nationalen wie im internationalen Maßstab.

7. Hans Arndt (Freie Wähler)

1) Wie kamen Sie in die Politik? Gab es spezifische Ereignisse oder Vorbilder?

Bis zum 30 Lebensjahr lebte ich in der Nähe von Bonn, zu dieser Zeit noch Bundeshauptstadt. Also die große Politik vor der Haustüre. Diese Zeit hat mich sehr geprägt, ich habe sehr viele Bundestagswahlen auf dem Bonner Rathausplatz erlebt und die 70`er war auch eine Wilde Zeit bei den Studenten, dagegen sind die Studenten heute lamme Schoßhündchen. Die 70`er in Bonn waren aber auch die Zeit des Terrors, die Baader-MeinhofBande spielte ihr Spiel, später bezeichnete man sie als Rote-Armee-Fraktion (RAF). In ihrer 30jährigen Terrorgeschichte, wurden ab 1972 im Mai, 34 Menschen von der RAF ermordet und aus ihren Reihen fanden 20 Mitglieder den Tod. In der Zeit wurde ich Fan von Helmut Schmidt Bundeskanzler von 1974-1982. Im Oktober 1983 kam Woodstock nach Bonn. Am 22. Oktober 1983 demonstrierten bundesweit rund 1,3 Millionen Menschen gegen die Stationierung neuer Atomraketen in Mitteleuropa. Allein in Bonn gingen rund eine halbe Million Menschen auf die Straße und Rheinwiesen. Nach dieser turbulenten Zeit schlug ich meine Zelte in der ruhigen Provinz Ludwigshafen, mit der großen BASF, auf und ich dachte jetzt bist du im Ruhrgebiet gelandet. Die nächsten 20 Jahre war Arbeit, Weiterbildung (Meisterschule) und Vertrauensmann (Gewerkschaft IG BCE) angesagt, bis der Gedanke Vorruhestand aufflammte! Mit 57 Jahren nur noch Rentner war nicht mein Ding, also was machen? Da brach mein Bonner-Republik Gen durch, Politik das wäre etwas. Aber mit 50 Jahren Quereinsteiger in einer so genannten Etablierten-Parteien, kannst du vergessen, außer Plakate aufhängen und auf dem Partefest Würstchen grillen ist nix, keine politische Teilhabe, da wirst du diskret herausgehalten. Da war klar ich werde Freie Wähler und wurde Mitglied bei der FWG Ludwigshafen e.V... Die FWG`en sind eingetragene Vereine die Kommunalpolitik als ihre Aufgabe sehen und keine Partei sind. Schnell kamen die ersten Wahlen und ich wurde Mitglied des Ortbeirat Ludwigshafen/Gartenstadt. Es folgten Vorstandsposten in der FWG Ludwigshafen, Bezirkstag und Landesverband nur Vorruhestand kam nicht, die BASF brauchte wieder die Alten und ich hatte plötzlich zwei Jobs. Die FREIEN WÄHLER sind auf kommunaler Eben mit der FWG sehr stark! Sie haben aber, wo die Entscheidungen für Rheinland-Pfalz letztendlich fallen, kein Mitsprache- und Bestimmungsrecht. Um in Rheinland-Pfalz, Deutschland und Europa ein Mitsprache- und Bestimmungsrecht zu bekommen wurde am 08. Mai 2010 im Kurfürstlichen Schloss in Mainz die FREIE WÄHLER Partei gegründet, ich war einer der 85 Gründungsmitglieder. Unter dieser Flagge habe Ich an drei RLP-Landtagswahlen und drei Bundestagswahlen als Direktkandidat teilgenommen und zwei Europawahlen als Listenkandidat stehen auch noch zu buche. Für diese viele Arbeit sind wir von dem Wähler am 14 März 2021 mit dem Einzug in den Landtag von Rheinland-Pfalz mit sechs Mandaten belohnt worden.

2) Sind Sie persönlich zufrieden mit der Arbeit der Regierung der vergangenen Legislaturperiode?

„Nein“

Die FREIEN WÄHLER sind gegen Corona-Notbremsen-Regelung durch die Bundesregierung.

Die Corona-Notbremse des Bundes widerspricht dem Subsidiaritätsprinzip (Nach dem Subsidiaritätsprinzip soll eine (staatliche) Aufgabe so weit wie möglich von der unteren Ebene bzw. kleineren Einheit erledigt werden)

Die FREIEN WÄHLER lehnen die von dem Bundeskabinett beschlossene Notbremse ab. Der Bundeskabinettsbeschluss ist eine weitere gefährliche Entmündigung der kommunalen Ebene: „Die Verlagerung von Corona-Befugnissen nach Berlin widerspricht dem Grundsatz der Subsidiarität, nach dem der Bund nur dann regulativ eingreifen darf, wenn die Möglichkeit der Länder und Kommunen nicht ausreichen, die Pandemielage zu lösen. Das war aber nicht der Fall. Denn die Kommunen haben bewiesen, dass sie auch mit Inzidenzen von Werten 200 zurechtkommen. Es ist alles eine Frage des Schutzes der vulnerablen Gruppen. Der Schutz kann letztlich hergestellt werden durch Impfungen und die Bereitstellung von ausreichend Personal in den Gesundheitsämtern zur Kontaktnachverfolgung.

„Das Grundgesetz steht nicht unter Pandemie-Vorbehalt.“

Die von der Bundesregierung ausgeführte Notbremse verkennt die Bedeutung der lokalen Situation. Das Grundgesetz verlangt aber, dass ein staatlicher Eingriff bei gleicher Zweckerreichung nur mit den mildesten Mitteln erfolgen darf. Wenn jetzt Ausgangssperren rein an Inzidenzen von Berlin aus angeordnet werden, ist dieses Instrument von Beginn an rechtlich und tatsächlich zum Scheitern verurteilt. Denn vom Berliner Schreibtisch aus lässt sich das richtige Konzept zur Bewältigung der regionalen Pandemielage z. B. im ländlichen Raum an der deutsch-französischen Grenze nicht beurteilen. Hier bedarf es regionaler Kenntnisse, um überhaupt das richtige Instrument wählen zu können. Dass die Bundesregierung zu dem Mittel der Notbremse gegriffen hat, zeigt nur deren Unfähigkeit in der Pandemiebekämpfung.

Im Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit steht Corona und natürlich in RLP die Flutkatastrophe und diese decken ein Mäntelchen des Schweigens über die Fehltritte und Untaten der Bundesregierung!

Im Wahlkampf hört man schon wieder, was die Parteien alles machen wollen, die in der Regierung waren. Sie erzählen aber nie, welche Versprechungen sie nicht umgesetzt haben und warum.

Hier in Kurzform einige Glanzpunkte der Bundesregierung, die ausgesessen werden, damit vergessen wird. Verantwortung übernimmt heute keiner mehr und tritt etwa zurück.

Fangen wir an mit dem Pkw-Maut-Desasters!

Bundesrechnungshof: Der wirft Scheuer (CSU) vor, der Minister habe mit der übereilten Unterschrift unter die Mautverträge mit den Betreibern „Kapsch

und Eventim“ gegen das Haushalts-, Vergabe- und Europarecht verstoßen.
„Alle Vorwürfe haben sich mindestens bestätigt“. Von einer
Rücktrittsforderung gegen Scheuer ist nichts zu hören.
Bundesverkehrsminister Scheuer will sein Amt trotz breiter Kritik wegen der
gescheiterten Pkw-Maut auch in einer neuen Regierung gerne weiterführen.
Wirecard bot Lösungen für elektronischen Zahlungsverkehr,
Risikomanagement sowie Herausgabe und Akzeptanz von Kreditkarten an.
Die Tochtergesellschaft Wirecard Bank AG verfügt über eine deutsche
Banklizenz. Am 25. Juni 2020 meldete Wirecard Insolvenz an, nachdem
bekannt geworden war, dass 1,9 Milliarden Euro „fehlten“.
Finanzminister Scholz (SPD) liefert im Wirecard-Untersuchungsausschuss ein
Beispiel dafür, wie Politiker ihr Tun vernebeln können – weil man sie lässt.
Der Abschlussbericht der Wirecard-Untersuchung soll bis zum Sommer fertig
sein. Steckt dahinter der Wunsch der SPD, das unangenehme Versagen der
Bafin aus dem Wahlkampf herauszuhalten?

3) Was ist für Sie persönlich Ihr größtes politisches Anliegen?

Das Wichtigste in einer Demokratie ist, wenn jeder zur Wahl hingeht!
Die Parteien und die Kandidaten dürfen die Wähler nicht für dumm
verkaufen!

und....

Jeder Wähler muss bedenken: Wahlkampfzeit ist Geschenkezeit!

Von „Streuwerbeinstrument“ im Fachjargon, „Giveaways“

Da sind die Kugelschreiber wohl der meistverschenkte Artikel.

aber....

In der Demokratie würde etwas schief laufen, wenn ein verschenkter Kuli
schon Wählerstimmen brächte!

Oder....

Die großen Wahlgeschenke sind aber die Wahlversprechen.

Wenn Parteien/Politiker vor einer Wahl stehen, versprechen sie ihren
Wählern gerne das Blaue vom Himmel.

Der Bund macht schwindelerregende Schulden wegen Corona und trotzdem
versprechen alle von Entlastungen, mehr Kindergeld, mehr Rente und
weniger Steuern.

Die Frage muss aber lauten:

Welche Ziele und Versprechen haben die Parteien und ihre Kandidaten nach
der letzten Bundestagswahl umgesetzt und welche nicht mit Begründung?

Als Kraftwerksmeister und Gewerkschaftler, der in der Nähe von Bonn
aufgewachsen ist, also ein Kind der Bonner-Republik; sehe ich es mit
Schrecken, dass der Bundestag fast vollständig ein Akademikerparlament
geworden ist, in dem kaum ein/e Arbeiter/in oder einfache/r Angestellte den
Sprung ins Parlament noch schafft. Haben anfangs 45 Prozent der
Abgeordneten studiert, stieg der Anteil in den Siebzigerjahren auf 70 Prozent
und heute sind wir fast auf Rund 90 Prozent angekommen und das obwohl
laut Erhebungen des Statistischen Bundesamtes nur 14 Prozent der

Bevölkerung über ein abgeschlossenes Hochschulstudium verfügen. Insbesondere Frauenrechtlerinnen verweisen immer wieder darauf, dass die teilweise krasse Unterrepräsentation von Frauen in den Parlamenten sich auf die dort getroffenen Entscheidungen auswirken und zu der Benachteiligung von Frauen führen.

Spiegelt man diese Aussage auf die Nicht-Akademiker, erscheint ein erschreckendes Bild.

Spiegelung: Die krasse Unterrepräsentation von Nicht-Akademikern in den Parlamenten kann sich auf die dort getroffenen Entscheidungen auswirken und zu der Benachteiligung von nicht Akademikern führen. Beispiel: Jüngste Diskussion über die Rente mit 68.

So, meine Meinung musste ich einmal loswerden und jetzt zu meinen weiteren persönlich politischen Anliegen:

Ohne gelebte Konnexität keine gesunden Städte!

Oft wird die Redewendung „Wer die Musik bestellt, muss sie auch bezahlen“ genutzt, um das sog. Konnexitätsprinzip zu erklären.

Hätten Bund und Länder dafür bezahlt, was sie bei allen Städten und Gemeinden bestellt haben, wäre z.B. Ludwigshafen zum größten Teil schuldenfrei!

Die Forderung ist: Land und Bund müssen ihrer Verantwortung gerecht werden und das Konnexitätsprinzip einhalten. „Wer bestellt, muss auch bezahlen“!

Ein Beispiel: Bund/Land machen neue Kita-Gesetze und die Stadt Ludwigshafen muss dafür zahlen. Das Land hat von den Gesamtkosten von 82,5 Millionen Euro für die Kitas in der ersten Ausbaustufe in Ludwigshafen 5,4 Millionen Euro übernommen. Der Bund hat sogar nur 4,8 Millionen gezahlt. Damit bleibt der Löwenanteil von 72,3 Millionen Euro an der Stadt hängen.

Zeitnah muss den Kommunen bei ihren Altschuldenproblemen geholfen werden und Bund und Länder dürfen sich nicht aus ihrer Verantwortung stehlen.

Wer arbeitet, darf in Deutschland nicht der/die Dumme sein. Eine leistungs- und eigentumsfreundliche Politik muss Fleiß und gute Arbeit belohnen und am Ende zu einer Rente führen, die zum Leben ausreicht.

Industrie- und Klimapolitik müssen clever verknüpft werden und zielgerichtete Investitionen in Straße, Schiene, Wasserwege, Strom, Wasserstoff und digitale Infrastruktur zeitnah umgesetzt werden.

4) Wie sollte der Klimawandel in Zukunft bekämpft werden?

Veränderungen des Klimas hat es in der Erdgeschichte schon immer gegeben. Längere Perioden mit hohen Temperaturen haben sich im Laufe der Zeit mit kälteren Perioden abgewechselt. Wer heutzutage aber vom Klimawandel spricht, meint nicht die grundsätzliche Veränderung der Witterungsbedingungen, sondern den menschengemachten, also anthropogenen Klimawandel. Klimaschutz ist die größte globale

Herausforderung unserer Zeit. Politik, Wirtschaft und Gesellschaft müssen sofort handeln und so schnell und effizient wie möglich gegen die drohende Klimakatastrophe vorgehen. Die Wälder dieser Welt und das globale Klima sind eng miteinander verknüpft. Die Wälder stellen gigantische Kohlenstoffspeicher dar, von den Tropenwäldern bis hin zu den großen Nadelwaldregionen in Russland und Kanada und auch unser deutscher Wald trägt seinen Teil dazu bei. Aber der derzeitige rapide Waldverlust trägt maßgeblich zum Klimawandel bei. Rund 13 Prozent der weltweiten Treibhausgasemissionen stammen aus der Vernichtung von Wäldern. Das Erschreckende ist: diesen vernichteten Regenwald finden wir in unserem Tank und auf unserem Teller wieder! Aus Wald werden Palmölfelder, Palmöl ist inzwischen in jedem zweiten Supermarktprodukt. Neben Fertigpizza, Keksen und Margarine begegnet uns Palmöl auch in Körpercremes, Seifen, Schminke, Kerzen und Waschmitteln.

Was kaum einer weiß: Mittlerweile gehen in der EU 61 % des Palmöls in die Energieerzeugung: 51 % (4,3 Millionen Tonnen) für die Produktion von Biodiesel sowie 10 % (0,8 Millionen Tonnen) in Kraftwerke für die Strom- und Wärmeerzeugung.

Deutschland importiert 1,4 Millionen Tonnen Palmöl: 44% der Palmölimporte (618.749 t) wurden für energetische Zwecke eingesetzt, davon 445.319 t (72 %) Palmöl für die Produktion von Biodiesel sowie 173.430 t (28 %) für die Strom- und Wärmeerzeugung.

Die fehlgeleitete erneuerbare Energien Politik von Deutschland und der EU ist damit eine wichtige Ursache der Regenwaldabholzung. Die 2009 von der EU beschlossene Erneuerbare Energien Richtlinie schreibt die Beimischungspflicht von Agrosprit in Benzin und Diesel vor. Am 14. Juni 2018 haben die EU-Mitgliedsländer beschlossen, das tropische Pflanzenöl als „Bioenergie“ weiterhin bis 2030 zuzulassen.

Das zeigt einmal wieder, dass kurzzeitiges, aus der Hüfte geschossenes grünes Denken, ohne zu hinterfragen, mehr Schaden anrichtet als Gutes tut! Das Pflanzenöl in Bioenergie gehört mit einer Übergangszeit zum 01.01.2022 verboten!

5) Wie sollten Großkonzerne, die viel Umweltverschmutzung verursachen / einen (sehr) hohen ökologischen Fußabdruck haben, in Verantwortung genommen werden (z. B. durch entsprechende Steuern/ Abgaben)?

Erst muss man einmal die Kirche im Dorf lassen und nicht immer über Großkonzerne und die Industrie herziehen und mit Steuern und Abgaben drohen. Fakt ist: die Industrie hat entscheidend mitgeholfen, dass nach dem Krieg, Deutschland wieder aufgebaut wurde und ein Land mit Wohlstand wurde. Fakt ist: es gibt immer einen Stand der Technik der funktioniert. Beispiel: Asbest ist in den 70ern die Waffe gegen Hitze gewesen und heute verboten, weil krebserregend. Viele Menschen sind daran gestorben. Zurzeit, glaube ich, ist die Industrie viel weiter als die Politik. Die Industrie bekommt ihre Produkte nicht mehr verkauft, wenn sie nicht mit Umweltstandards

hergestellt wurden. Die Produkte müssen vom Anbau und über die komplette Herstellungskette einen strengen ökologischen Fußabdruck erfüllen. Auch an der Börse spielt die Umwelt eine große Rolle für den Kurswert. Die Politik kommt aber nicht in die Gänge, sie ist viel zu sehr mit sich selbst beschäftigt. Wo bleibt die Infrastruktur für die "Grüne Energie", die Stromtrassen, die Energie vom Norden in den Süden bringen soll? Mit den Strom- und H2-Tankstellen geht es auch nicht richtig voran, es gibt viele Visionen der Politik, aber keine Taten. Aber an diesen Umsetzungen der Ideen und nicht an Versprechen, muss sich die Politik messen lassen.

6) Wie kann in Zukunft die Energiesicherheit Deutschlands gewährleistet werden?

Das vorrangige Ziel der Versorgungssicherheit mit Energie ist die ausreichende Bereitstellung von Strom, Öl und Gas für die Bevölkerung. Ein kompletter Stromausfall wäre in Deutschland ein Alptraumszenario, darum wundere ich mich, wie leicht über das Abstellen von Kraftwerken gesprochen wird, ohne über adäquaten Ersatz zu verfügen.

Deutschland hat in der Zukunft zu wenig gesicherte Leistung.

Bei einer gesicherten Leistung ist das Verhältnis von Stromerzeugung und Stromverbrauch zu jeder Zeit ausgeglichen, man spricht davon, das Stromnetz hat eine Frequenz von 50Hz.

Die gesicherte Leistung von Solarstrom ist null, weil nachts keine Sonne scheint und es noch nicht genug Stromspeicher-Kapazität vorhanden ist. Die gesicherte Leistung von Windkraft ist nahezu null, weil eine Flaute meist ganz Deutschland betrifft und auch nicht genug Stromspeicher Kapazität vorhanden ist. Wenn sowohl Wind als auch Solar ausfallen spricht man von einer Dunkelflaute. Das heißt egal wie viel Solar und Windkraft man zubaut, es muss immer einen konventionellen Kraftwerkspark als Backup geben. Der muss die Stromerzeugung und Stromverbrauch ins Gleichgewicht bringen.

Aktuell haben wir noch 91 GW gesicherte Leistung in Deutschland. Bis 2023 durch den Atomausstieg, wird die gesicherte Kapazität auf 82 GW fallen. Das entspricht genau dem zu erwartenden Stromverbrauch von rund 82 GW.

Selbst 82 GW gesicherte Leistung deutschlandweit reichen nur auf dem Papier. Wenn in Schleswig-Holstein Reserven vorhanden sind, die in Bayern gebraucht werden, dann sind schnell die Leitungen überlastet. Diese Überlastung sollte der Bau von Stromautobahnen von Nord nach Süden verhindern, der Ausbau sollte eigentlich bis 2022 fertiggestellt sein, also rechtzeitig zum Atomausstieg. Der Ausbau ist aber um Jahre verzögert, auch wegen der vielen Bürgerklagen. Bis 2035 sieht der Netzentwicklungsplan nur noch eine gesicherte Leistung von 62 GW wegen dem Kohleausstieg vor. Demgegenüber steht dann ein Stromverbrauch von 106 GW wegen E-Autos, H2-Gewinnung usw...

Die Versorgungslücke beträgt also dann bereits 44 GW und welche Möglichkeit besteht, um die Lücke zu schließen?

Im Zuge der Energiewende sollten mehr als 100 Gaskraftwerke in Reserve

gesicherte Leistung bereitstellen. Dies sind die auch in der nationalen Wasserstoff-Strategie beschworenen Langzeitspeicher, die in ferner Zukunft mit klimaneutralem Gas laufen sollen.

Wir haben aber aktuell nur Gaskraftwerke mit insgesamt 27 GW Kapazität am Strommarkt in Deutschland. Das ist nicht einmal ein Drittel der bis 2035 benötigten gesicherten Leistung. In den nächsten drei Jahren werden nur 2 GW Gaskraftwerke zugebaut und bis 2035 sind laut Netzentwicklungsplan nur 12 GW geplant. Das ist deutlich weniger Zubau als Rückbau durch Atomausstieg und Kohleausstieg.

Wegen der Genehmigungs- und Bauzeiten von 5 bis 7 Jahren müssten, die bis 2030 benötigten Gaskraftwerke eigentlich längst in den Startlöchern stehen. Laut RWE und Uniper gibt es aber aktuell kein Geschäftsmodell, um Gaskraftwerke profitabel zu betreiben, Geld verdient man nur mit laufenden Anlagen und nicht mit Backup die nur bei Bedarf laufen. Versorgungssicherheit in Deutschland lohnt sich nicht.

Kurzzeitspeicher wie Batterien sind zurzeit wegen ihrer viel zu geringen Kapazität nicht für gesicherte Leistung geeignet. Selbst Pumpspeicherkraftwerke haben auch zu wenig Kapazität.

Das letzte Mittel, um bei Strommangel einen Blackout zu vermeiden sind Brownouts. Das sind erzwungene lokale und vorübergehende Lastabwürfe. Man spricht bei diesen bewusst in Kauf genommenen Stromausfällen auch von rollierenden Blackouts.

In Entwicklungsländern mit Strommangel sind Brownouts Alltag. In Nepal kann man die Uhr nach dem nachmittäglichen Stromausfall zwischen 14 und 16 Uhr stellen. Auch auf den Philippinen weiß jedes Kind was ein Brownout ist.

Was in Entwicklungsländern erzwungen wird, soll in Deutschland erkaufte werden. Schon heute werden große Industrieverbraucher dafür bezahlt bei Strommangel keinen Strom zu verbrauchen. Auf der Stromrechnung bezahlen wir dafür die AbLastV-Umlage, nach der Verordnung zu abschaltbaren Lasten. Resümee, Deutschland muss endlich in die Gänge kommen, Windkraft, Solarenergie und Stromtrassen auszubauen, nur schön- und klug Reden der Öko-Politiker hilft nichts, taten sind gefragt. Das Problem mit der zu wenigen gesicherten Leistung muss angegangen werden. Backup Gaskraftwerke müssen gebaut werden, die mit dem aus überschüssigem Strom aus Wind und Sonne produzierten H₂ betrieben werden. Durch Untätigkeit der Politik ist zu viel Zeit verstrichen, darum müsste die Laufzeit der Atom Kraftwerke verlängert werden. Grund ist die Überbrückung der Zeit für den Ausbau der Windkraft, der Solarenergie, den Stromtrassen, von Gaskraftwerken und den Produktionsstätten für H₂ Gewinnung. Der Strommangel ist im Süden Deutschlands, die Atom Kraftwerke sind im Süden und sie sind mindestens genauso sicher, wie Atom Kraftwerke in Frankreich, CO₂ neutral sind sie auch und man könnte Kohle Kraftwerke im Norden früher stilllegen, was positiv für die CO₂ Bilanz wäre. Die Endlagerung muss wieso noch gelöst werden, da dürften die Abfälle aus dem Überbrückung Betrieb keine Schwierigkeiten bedeuten. Ein kompletter Stromausfall muss in Deutschland verhindert

werden auf Steinzeit hat wohl keiner Lust. Weiterhin müsste die dezentrale Energiegewinnung gefördert werden und die Gesetzeslage überarbeitet. Der Staat könnte z.B. als Vorbild vorrausgehen und auf allen öffentlichen Gebäuden Solarenergie installieren!

8) Wie stehen Sie zum Thema „Reichensteuer“? Was für steuerpolitische Reformen wären Ihrer Meinung nach geboten?

Diese Belastungen der Bürger*innen müssen reduziert werden. Deutschland muss für produktive Arbeitnehmer*innen interessant sein. Leistung und Arbeit müssen sich lohnen. Die reale Gesamtbelastung durch Steuern und Abgaben steigt und steigt und die Diskussion um die Reichensteuer ist nur eine Nebelkerze, die von dem Gesamtproblem ablenkt. Nicht nur die Steuern allein darf man sehen, sondern auch die weniger offensichtliche, aber dennoch real zu zahlenden Abgaben mitberücksichtigen wie zum Beispiel den allseits geliebten Rundfunkbeitrag, die LKW-Maut oder die Ökostromumlage. Auch die Sozialversicherungsbeiträge gehören zu den Abgaben. Sie sind nach den Steuern die bedeutsamste Einnahmeart des Staates. Die sozialversicherungspflichtigen Arbeiter und Angestellten entrichten von ihren beitragspflichtigen Arbeitsentgelten prozentuale Beiträge an die Kranken-, die Pflege-, die Arbeitslosen- und die Rentenversicherung.

Der Solidaritätszuschlag verkompliziert das Steuersystem unnötig und belastet den arbeitenden Teil der Bevölkerung. Zum 1. Januar 2021 ist er zu 90 Prozent abgeschafft. Wir fordern seine sofortige und vollständige Abschaffung. Wir wollen die unsinnigen Regelungen für den vergünstigten Mehrwertsteuersatz reformieren. Es ist nicht nachvollziehbar, weshalb Medikamente, Kinderspeisungen, -kleidung und -spielzeug mit 19 Prozent, aber Hundefutter mit sieben Prozent besteuert wird. Wir brauchen einen dauerhaft gesenkten Mehrwertsteuersatz. Die Steuerflucht muss verhindert werden, jährlich entgehen unserem Staat nach Schätzungen 100 Milliarden Euro durch Steuerflucht ins Ausland und dazu gehört natürlich, die Steueroasen auszutrocknen. Weiter ist eine solide Haushaltspolitik die Basis für eine nachhaltige Zukunftssicherung. Wir setzen uns für die anhaltende Generationengerechtigkeit ein. Keine Vergemeinschaftung von Schulden in Europa! Der Grundsatz „Jedes Land haftet für seine Schulden selbst“ hat weiterhin Gültigkeit.

9) Wie bewerten Sie die wirtschaftlichen Hilfsmaßnahmen seitens des Staates während der Corona-Pandemie?

Die Bundesregierung zahlte zwar zum Teil Überbrückungshilfen. Jedoch haben diese nicht alle bekommen.

Die Corona-Pandemie hat besonders die Selbständigen hart getroffen. Sie mussten ihre Geschäfte schließen, damit Infektionsketten unterbrochen wurden. Deshalb fordern die FREIEN WÄHLER eine Entschädigungsregelung – auch im Hinblick auf eventuell noch bevorstehende Pandemien.

„Selbstständige, die ihre Betriebe aufgrund der CoronaBekämpfungsverordnungen und der Bundesnotbremse schließen mussten,

haben ein Sonderopfer erbracht und sind dafür entsprechend zu entschädigen. In einer solchen Entschädigungsregelung sind nach Auffassung der FREIEN WÄHLER nicht nur Schadensersatzfragen in Folge unmittelbarer gesetzlicher Verbote der Länder zu regeln, sondern auch die Folgen, die sich mittelbar aus Warnungen des Auswärtigen Amtes des Bundes ergeben. Gleiches gilt für mittelbare Folgen staatlichen Handelns, um auch die Folgen bei Reisebüros, Reise- und Busunternehmen sowie der gesamten Veranstaltungsbranche mit Kulturschaffenden auszugleichen.

14) Kann der digitale Impfausweis als Vorreiter für ein digitales Gesundheitswesen gesehen werden?

„Nein“

Der digitale Impfnachweis ist eine zusätzliche Möglichkeit, um CoronaImpfungen zu dokumentieren. Geimpfte können damit Informationen wie Impfzeitpunkt und Impfstoff bequem auf ihren Smartphones speichern.

Seit dem 1. Januar 2015 gilt ausschließlich der elektronischen Gesundheitskarte (eGK) als Berechtigungsnachweis, um Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung in Anspruch nehmen zu können. Auf der eGK gespeicherte Notfalldaten können Leben retten, ein Medikationsplan kann lebensgefährliche Wechselwirkungen verhindern. Und mit der elektronischen Patientenakte (ePA) sind die Patienten und Arzt besser über die Diagnosen und Therapien informiert. Der digitale Impfnachweis gehört auch auf die Gesundheitskarte (eGK).

Die Anwendungen der eGK wurden seit Herbst 2020 schrittweise eingeführt. Derzeit sind administrative Daten der Versicherten, z. B. Name, Geburtsdatum und Anschrift sowie Angaben zur Krankenversicherung, wie die Krankenversicherungsnummer und der Versichertenstatus (Mitglied, Familienversicherter oder Rentner), gespeichert. Die eGK enthält ein Lichtbild.

18) Was ist ihrer Meinung nach dem Hindernis für einen Günstigeren bzw. „kostenlosen“ (steuerfinanzierten) Nahverkehr? Wie stellen sie sich die Zukunft der Mobilität vor? Welche Bahnlinien würden sie für unsere Region „herbeizaubern“, wenn sie könnten?

Super Frage! Es ist genau einer der Fragen, warum ich und die FREIEN WÄHLER für den Bundestag antreten! Die FREIEN WÄHLER sind auf kommunaler Ebene sehr stark! Sie haben aber, wo die Entscheidungen für Rheinland-Pfalz oder Bund letztendlich fallen, kein Mitsprache- und Bestimmungsrecht.

Welche Bedeutung haben Freie Wähler-Gruppierungen in Rheinland-Pfalz? Mit 10,6 % erzielten die Wählergruppen nach CDU und SPD landesweit das drittbeste Ergebnis. Sie holten in den 24 Kreistagen 119 Mandate, in den Räten der 12 kreisfreien Städte immerhin 60 und damit in der Summe 179 Sitze. Auf der nächstfolgenden Ebene der Verbandsgemeinden und der verbandsfreien Gemeinden konnten die Freien Wähler von insgesamt 5.474 Mandaten 1.002 gewinnen, das sind 18,3 %. Die Freien Wähler stellen auch

die meisten Ortsbürgermeister in Rheinland-Pfalz.

Eine Frage stellte sich immer öfter: Wie kann man den Kommunen helfen, wenn die wichtigen Entscheidungen, z.B. über Gelder für die Kommunen, ohne die FREIEN WÄHLER getroffen werden?

Antwort, Gründung der FREIEN WÄHLER Partei!

Jetzt zu der eigentlichen Frage, dem ÖPNV

Man kann die Aufgaben einer Kommune grob aufteilen in freiwillige Aufgaben, Pflichtaufgaben und Weisungsaufgaben.

Bestimmte Aufgaben werden durch Bund oder Land per Gesetz vorgeschrieben, so genannte Pflichtaufgaben.

Die wichtigsten Pflichtaufgaben sind:

- Gemeindewahlen
- Abwasserbeseitigung
- Versorgungseinrichtungen
- Verkehrseinrichtungen
- Soziale Angelegenheiten
- Feuerwehr
- Allgemeinbildende Schulen
- Bauleitplanung

Verpflichtet der Gesetzgeber die Gemeinde zur Erfüllung bestimmter Aufgaben, spricht man von Weisungsaufgaben. Die Kommunen werden vermehrt zur Erfüllung von Pflichtaufgaben verpflichtet. Sie legen zwar Wert darauf, dass in diesem Fall auch die Kosten vom Bund bzw. vom Land übernommen werden, doch da dies heute nur teilweise der Fall ist, kommen auf die Kommunen immer mehr Kosten zu. Bei der Umsetzung von Weisungsaufgaben hat die Gemeinde auch bei der Durchführung keinen Ermessensspielraum. Sie werden durch gesetzliche Vorschriften genau geregelt. Hierbei unterliegt die Kommune nicht nur der Rechtsaufsicht, sondern auch einer Fachaufsicht.

Die wichtigsten Weisungsaufgaben sind:

- Parlamentswahlen
- Angelegenheiten der Ortspolizei
- Meldewesen
- Standesamtswesen

Gewerberecht und Gaststättenrecht

bei größeren Gemeinden auch:

Baurecht und

Aufgaben der unteren Verwaltungsbehörde

sowie Sozialhilfe

Im Bereich der freiwilligen Aufgaben entscheidet die Gemeinde selbst, ob sie tätig werden will oder nicht.

Freiwillige Aufgaben sind:

Kulturelle Angelegenheiten (z. B. Bücherei, Museum, Theater, Volkshochschule)

Betrieb eines Schwimmbades, einer Sportanlage

Einrichtung und Pflege von Grünanlagen

Und bis Januar 2021 auch der ÖPNV in Rheinland-Pfalz. Also war der ÖPNV, der Konkurrent zur Volkshochschule, Grünanlage usw. Die Kommune mit ihren geringen Geldern hat sich für eine neue Buslinie oder eines Schwimmbads usw. entscheiden müssen. Ab 28.01.2021 wurde der straßengebundene öffentliche Personennahverkehr (ÖSPV), bislang eine freiwillige Selbstverwaltungsaufgabe der Landkreise/kreisfreien Städte, zur Pflichtaufgabe der kommunalen ÖPNV-Aufgabenträger im Rahmen der finanziellen Leistungsfähigkeit. Nach jahrelangem Kampf wurde der richtige Weg eingeschlagen der ÖPNV ist Pflichtaufgabe.

Eine Idee von den FREIEN WÄHLER ist das 365-€-Ticket für ALLE.

Mit einem Euro am Tag durch das ganze Land.

Wir müssen es den Menschen einfach machen, vom Auto auf den Bus umzusteigen. Das 365-€-Ticket ist eine klare Ansage. Um das zu ermöglichen, fließen Flugverkehrs- und Energiesteuer (Mineralölsteuer) als Regionalisierungsmittel in den ÖPNV. Mit dem 365-€-Ticket verknüpfen wir Mobilität mit Umweltschutz.

Expansion des Stadtbahnnetzes Ludwigshafen

Verlängerung SL 7 Oppau – Edigheim -Pfingstweide Süd – Frankenthal

Vorteile:

- überwiegend eigener Gleiskörper
- Anbindung des Stadtteils Edigheim ins Stadtbahnnetz
- Anbindung von Oppau/Edigheim/Pfingstweide an Frankenth

Bahnhof

- Einsparen von min. 4 Buslinien

Zu den weiteren Fragen hat Herr Arndt keine Antworten eingereicht.